

ausländischen Paß. Rund 3,5 Millionen haben einen BNO ("British National, Overseas")-Paß, aber kein Aufenthaltsrecht in Großbritannien. Nur etwa 140.000 von ihnen können durch ein Selektionssystem gemäß dem "British Nationality (Hong Kong) Act 1990" die "echte" britische Nationalität erhalten und im Notfall nach Großbritannien ausreisen. Der BNO-Paß wird von Beijing nicht anerkannt, sondern nur "geduldet". Alle Hongkonger, die nur einen BNO-Paß besitzen, müssen nach der Wende 1997 auch einen chinesischen Paß beantragen, wenn sie weiter im Territorium bleiben wollen.

Ferner gibt es 1,3 Millionen Einwohner mit einem CI-Ausweis ("Certificate of Identity") und 210.000 mit einem DI ("Document of Identity"), sie sind nicht in Hongkong geboren und haben über sieben Jahre bzw. haben noch nicht sieben Jahre in Hongkong gelebt. (JSND, Jan. 96, S. 61 ff.)

Nach Worten von Lu Ping, dem Direktor des Büros für die Angelegenheiten von Hongkong und Macau der Regierung Beijing, sollen Emigranten vor dem 1.1 Juli 1997 nach Hongkong zurückkehren, wenn sie ihr Aufenthaltsrecht in Hongkong nach der Wende behalten wollen. Sollten sie nicht als Bürger von Hongkong, sondern mit einem ausländischen Paß zurückkommen, würden sie als Ausländer betrachtet werden und das Aufenthaltsrecht in Hongkong nicht mehr genießen. (SCMP, 20.1.96) Es bleibt noch die Frage, ob Beijing neben den BNO- auch andere ausländische Pässe von Bürgern Hongkongs nach der Wende dulden wird, denn die VR China lehnt Doppelstaatsangehörigkeit ab. Überdies gibt es in Hongkong noch einige tausend ethnische Nicht-Chinesen, die nur einen BNO-, CI- oder DI-Ausweis haben. Sie werden staatenlos, wenn sie keinen chinesischen, britischen oder anderen ausländischen Paß bekommen können. Nach einer jüngsten Vereinbarung zwischen den Außenministern Londons und Beijings, Malcolm Rifkind und Qian Qichen, kann dieser Personenkreis jedoch nach der Wende 1997 ihr Aufenthaltsrecht in Hongkong weiterhin wahrnehmen. (IHT, 10.1.96) Schwierig bleibt es für die über 20.000 noch in Hongkong verbliebenen vietnamesischen Flüchtlinge: China verlangt von den Briten, sie alle vor der Übergabe der Kolonie zu repatriieren. (SCMP und FT, 15.1.96) -ni-

Oskar Weggel

Auslandschinesentum und Eigenblutimpfung: Ursachen des chinesischen Wirtschaftswunders (Teil 1)

Wenn eines Tages die Geschichte des 20. Jh. neu geschrieben wird, könnte es sich leicht herausstellen, daß eines der wichtigsten Ereignisse im letzten Drittel des Säkulums der schnelle Aufstieg Chinas zu einer führenden Wirtschaftsmacht war und daß dabei das Auslandschinesentum mit seinen um Jahrzehnte vorgezogenen Erfahrungen einen wesentlichen Beitrag leistete: Drei der "Vier kleinen Tiger" gehörten ja immerhin zu jenen NICs (Newly Industrializing Countries), die, auf metakonfuzianische Werte gestützt, einen Aufschwung vorgelegt hatten, wie ihn die Industrielwelt in dieser Dynamik bis dahin nicht gekannt hatte. Als vierte Antriebshilfe wären hier aber vor allem noch die rund 36 Millionen Huaren ("Auslandschinesen") zu rechnen, die, wie es in einem Sprichwort heißt, "überall leben, wo das Meer hinreicht".

In Teil 1 der nachfolgenden Serie ist zuerst die Geschichte des Auslandschinesentums und seine Behandlung durch die beiden chinesischen Teilstaaten zu schildern. In einem zweiten Teil geht es darum, drei Besonderheiten der Huaren herauszuarbeiten, die mittlerweile auf den Ein-Milliarden-Staat der VR China zurückzuwirken beginnen, und die wegen dieses Impulseeffekts schon jetzt weltpolitische Konsequenzen erkennen lassen.

In einem dritten Teil sind die Einzelheiten dieser Auswirkungen zu beschreiben.

Gliederung:

- 1 Die Geschichte der Auswanderung: Ein Überblick
 - 1.1 "Eineinhalbtausend Jahre"
 - 1.1.1 Auswanderungen nach Japan
 - 1.1.2 Fünf epochale Katastrophen als Anlässe für weitere Emigrationsschübe
 - 1.1.3 "Vertragsarbeiter" und "Kulis": Das amerikanische Schicksal der Auswanderer
 - 1.2 Die Auswanderung ins "Nanyang"-Gebiet
 - 1.2.1 Die Huaren als Neureiche
 - 1.2.2 Die Huaren als Verfolgte
 - 1.2.2.1 In Indonesien
 - 1.2.2.2 In Malaysia
 - 1.2.2.3 In Südvietnam
 - 1.2.2.4 In Birma
 - 1.2.2.5 In Thailand
 - 1.3 Die Auswanderung nach Amerika
 - 1.3.1 Die drei Wellen
 - 1.3.2 Verdoppelung des Zuwandererstroms aus Asien
 - 1.3.3 Illegale Zuwanderung

- 1.4 Die Herkunft der Huaren und der "Stoff, aus dem die Netzwerke sind"
- 1.4.1 Fünf Hauptgruppen
- 1.4.2 Die Fujianren
- 1.4.3 Die Chaozhouren
- 1.4.4 Die Kejiaren (Hakka)
- 1.4.5 Die Guangdongren
- 1.4.6 Die Hainanren
- 1.4.7 Huaren, die keine Han sind
- 2 Zahlen
- 3 Eigenschaften, Klischees und Wandlungen
- 3.1 "Harmlos", "nützlich", "unpolitisch" - und "ausbeuterisch"
- 3.2 Vierfacher Wandel seit dem Zweiten Weltkrieg
- 3.3 Die wirtschaftlichen Eliten Südostasiens
- 3.4 Stereotypen
- 4 Die Huaren-Politik Taiwans und der VRCh
- 4.1 Die Huaren-Politik der Republik China: Prinzip der doppelten Staatsangehörigkeit
- 4.1.1 Die Republik China - das "Goldene Zeitalter" der Verbindung zu den Auslandschinesen
- 4.1.2 Huaren-Politik unter den Bedingungen des Taiwan-Exils
- 4.2 Die Auslandschinesen-Politik der VR China
- 4.2.1 Zwar staatlicher Schutz für die Huaren...
- 4.2.2 ...aber keine Anerkennung von Doppelstaatsangehörigkeit
- 4.2.2.1 "Klare Verhältnisse schaffen!" Die Aufhebung der Doppelstaatsangehörigkeit
- 4.2.2.2 Der Präzedenzfall Indonesien (1955)
- 4.2.2.3 Gegenüber Singapur
- 4.2.2.4 Gegenüber Birma und der Mongolischen Volksrepublik
- 4.2.2.5 Gegenüber Malaysia
- 4.2.2.6 Gegenüber den Philippinen und Thailand
- 4.2.2.7 Klarstellung auch im Staatsangehörigkeitsgesetz von 1980
- 4.2.3 Partei- und Staatsorgane, die für Huaren-Angelegenheiten zuständig sind
- 4.2.4 Zeitenwende
- 5 Begriffe und Begriffsfelder
- 5.1 Zwei Gruppen von Huaren
- 5.1.1 Die Huaqiao - ein Anachronismus?
- 5.1.2 Die Tongbaomen ("Landsleute") aus Taiwan, Hongkong und Macau
- 5.1.3 Die Guiqiao ("Zurückgekehrten") und die Qiaojuan ("Angehörigen der Huaqiao")
- 5.1.3.1 Die Guiqiao
- 5.1.3.2 Die Qiaojuan
- 5.1.3.3 Die Wiederaufwertung der Guiqiao/Qiaojuan im Zuge der Reformpolitik
- 5.2 Die chinesischen Auslandsstudenten als Quasi-Huaren

1 Die Geschichte der Auswanderung: Ein Überblick

1.1 "Eineinhalbttausend Jahre"

1.1.1 Auswanderungen nach Japan

Die Geschichte der chinesischen Auswanderung reicht fast eineinhalb Jahrtausende zurück, und erfolgte anfangs hauptsächlich aus religiösen und kulturellen, später aber aus politischen und wirtschaftlichen Gründen.

Die ersten "Überseechinesen", die sich anhand historiographischer Aufzeichnungen nachweisen lassen, haben sich im 6. Jh. in Japan niedergelassen. Damals begann gerade das polyzentrische Herrschaftssystem der Insel-Clans zu zerbrechen, so daß das Kaiserhaus mit einem Mal die Möglichkeit hatte, einen zentralisierten Beamtenstaat nach chinesischem Muster einzuführen. Vor allem Kronprinz Shotoku (574-622) entwickelte sich zum Hauptverfechter für die Rezeption der chinesischen Zivilisation und des Buddhismus. Unter seiner Regierung ließen sich über 7.000 chinesische Familien in Japan nieder, die damals vor allem die Funktion von "Entwicklungshelfern" übernahmen.

1.1.2 Fünf epochale Katastrophen als Anlässe für weitere Emigrationsschübe

Spätere Auswanderungen waren dagegen eher die Folge von Push- als von Pull-Faktoren. In aller Regel nämlich verließen Chinesen ihre Heimat zunächst nur im Gefolge von Kriegen, Volksaufständen und Dynastiezusammenbrüchen.

Vor allem waren es fünf epochale Katastrophen des Kaiserlichen China, die dazu führten, daß sich außerhalb des Reichs der Mitte im Laufe der Jahrhunderte zahlreiche chinesische Auslandsgemeinden und Nebenschauplätze, ja offen rivalisierende Gegenstaaten herausbildeten: Als im 10. Jh. die Tang-Dynastie zusammenbrach und die Kriegswirren des von Huang Chao angeführten Bauernaufstands um sich griffen, flohen mehrere tausend Chinesen nach Sumatra und ließen sich dort hauptsächlich als Bauern und Geschäftsleute nieder. Als im 13. Jh. das Song-Reich von den aus Nordasien vorrückenden mongolischen Reiterheeren aufgerollt wurde, flohen weitere Chinesen zu Tausenden ebenfalls nach "Nanyang" (wörtl.: "Südmeer", heute "Südostasien") und gründeten dort Siedlungen, vor allem im Bereich des heutigen Thailand, der malaiischen Halbinsel und des modernen Singapur. Als im 17. Jh. die Ming-Dynastie (1368-1644) unter den Schlägen der Manzhou-Tataren ins Wanken geriet, erlebte die chinesische Besiedlung Taiwans ihren Auftakt; aber auch andere Gebiete, die durch die sieben Seereisen des Zheng He zu Beginn des 14. Jh. bekannt geworden waren, boten sich jetzt als mögliche Ziele überseechinesischer Auswanderungsbewegungen an. Als im 19. Jh. die Qing-Dynastie (1644-1911) verwelkte, begann die britische Kronkolonie Hongkong aufzublühen, und als Mitte des 20. Jh. die Republik China (1912-1949) auf dem Festland zusammenbrach, setzte jene gewaltige Bluttransfusion von Menschen und Kapital nach Taiwan und Hongkong ein, die sich schon bald als Hauptelixier für die Revitalisierung dieser beiden Randgebiete Chinas erweisen sollte.

Zwar haben die Druckfaktoren auch im 20. Jh. noch einmal gewaltige Fluchtbewegungen ausgelöst. Weitaus folgenreicher waren mittlerweile jedoch die Sogkräfte geworden, die nach dem Opiumkrieg (1840/41) einsetzten und etwa bis 1930 weiterwirkten. Während China im Inland zunehmend verarmte, boten sich im Ausland, vor allem in den europäischen Kolonien Südostasiens, verlockende Perspektiven, denen in diesen rund neunzig Jahren etwa 15 Millionen Chinesen folgten. Bereits beim Untergang des Kaiserreichs i.J. 1911 gab es rund 9 Millionen hauptsächlich in Nanyang [1] (wörtl. "Südmeer") angesiedelte Chinesen. Die meisten Auswanderer kamen aus den südostchinesischen Provinzen Guangdong und Fujian. Ihre Auswanderung war auch dadurch begünstigt worden, daß die Qing-Dynastie ihre im 17. Jh. angeordnete "Politik der geschlossenen Küste" im Gefolge des verlorenen Opiumkriegs nicht mehr hatte aufrechterhalten können.

1.1.3 "Vertragsarbeiter" und "Kulis": Das amerikanische Schicksal der Auswanderer

Neben "entwicklungspolitischen", "fluchtpolitischen" und "arbeitspolitischen" gab es aber auch "verkaufspolitische" Ursachen für die Auswanderung.

Bereits im 16. und 17. Jh. hatten die Kolonialmächte - damals vor allem die Portugiesen - Chinesen als "Vertragsarbeiter" zu gewinnen versucht - und damit eine Entwicklung eingeleitet, die verstärkt im 19. Jh. fortgesetzt wurde. Am Ende des "Zweiten Opiumkriegs" wurde in den von Briten und Franzosen diktierten "Pekinger Vertrag" von 1860 u.a. eine Klausel eingebaut, in der es hieß, daß es "allen Chinesen, die im Ausland arbeiten wollen, sei es in einer britischen Kolonie oder andernorts, freizustellen ist, mit britischen Bürgern Verträge abzuschließen". Durch diesen Artikel wurde der Verkauf chinesischer Arbeitskräfte auf eine legale Grundlage gestellt. Dem britischen Beispiel folgend, zwangen auch die USA und andere westliche Mächte das damalige Kaiserreich zur Unterzeichnung ähnlicher Klauseln. Die Zahl der chinesischen "Vertragsarbeiter", die in den nachfolgenden Jahrzehnten - halb freiwillig, halb gezwungen, vor allem aber von der Not getrieben - Arbeitsverträge mit dem Ausland schlossen, erreichte mehrere Millionen. Als "Kulis" gerieten sie häufig in eine Situation modernen Sklaventums. Schon während ihrer "Verschiffung" starben während der Überfahrt manchmal zwischen 15 und 30% der "Fracht". Auch in den Bestimmungsländern - damals vor allem Amerika, Kanada und Panama - ging ihr Leidensweg weiter. Während sich die Huaren in Nanyang meist eine solide selbständige Existenz aufbauen konnten, hatten sie in Amerika, Kanada und Panama noch auf Jahrzehnte hinaus schwerste körperliche Arbeit zu leisten. Die ersten Huaren bauten in den USA und in Kanada Eisenbahnen und Bergwerke, machten Ödland urbar, waren am Bau des Panamakanals beteiligt, legten Obst- und Gemüseplantagen an, waren in Peru mit der Förderung von Guano (Vogeldünger) beschäftigt und bauten auf Kuba Zuckerrohr an.

Ihr Leidensweg begann um das Jahr 1785 und dauerte etwa bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, d.h. bis zur Fertigstellung des Panamakanals i.J. 1919.

Bei der Urbarmachung weiter US-Landstriche verwandelten sie rund 2,5 Mio. ha Ödland in Ackerfelder. Beim Bau der transkontinentalen Pazifikeisenbahn in den 30er Jahren des 19. Jh. übernahmen die chinesischen "Kulis" den Bau der schwierigsten Strecken, deren Ränder schon bald mit ihren Gräbern gesäumt waren. Es dauerte bis zum Jahre 1964, ehe der Staat Nevada aus Anlaß seines hundertjährigen Bestehens ein Denkmal auch für die einstigen "Kulis" in Virginia City errichtete.

Zwischen 1880 und 1885 errichteten andere 25.000 chinesische "Vertragsarbeiter", die die Enkel der Erbauer der US-Strecke hätten sein können, die transkontinentale Pazifikeisenbahn quer durch Kanada, die etwa doppelt so lang ausfiel wie die transkontinentale US-Strecke. Auch diesmal mußten Tausende von "Kulis" beim Bau ihr Leben lassen.

Auch in Panama errichteten "Vertragsarbeiter" aus China 1850 eine Eisenbahnstrecke und wirkten von 1872 bis 1919 am Bau des Panamakanals mit.

Das Schicksal der in Nordamerika namenlos "verheizten" Kulis gehört mit zu den düstersten Seiten der westlichen Kolonialgeschichte. Es ließe sich allenfalls damit "rechtfertigen", daß auch viele weiße Vertragsarbeiter in diesen Jahrzehnten von ihren Ausbeutern nicht sehr viel besser behandelt worden waren.¹

Die beigefügte Graphik zeigt, daß sich die zugewanderten Chinesen allerdings nicht nur im Eisenbahn-, sondern stärker noch im Bergwerkssektor betätigten (Stand 1868), daß sie andererseits aber im Bereich des Handels, der in Nanyang zu ihrem Hauptbetätigungsbereich geworden ist, nur als *quantité négligeable* vertreten waren.

Etwa um 1850 begann - auf den Grundlagen einer ursprünglich "weißen" Nachbarschaft - die Entwicklung der "Chinatown" von San Francisco und bereits 1890 stellten die Chinesen 35,7% der gesamten Stadtbevölkerung. Gleichzeitig tauchten aber auch die ersten restriktiven Einwanderungsbestimmungen auf, die 1858 zu einem regelrechten Einwanderungsverbot für Chinesen ausformuliert wurden. Weitere Erlasse richteten sich gegen die Berufstätigkeit von Huaren und gegen bestimmte, von Chinesen bevorzugte Berufe. Diese ursprünglich kalifornische Gesetzgebung wurde später teilweise auf den Gesamtstaat ausgeweitet. Der Second Exclusion Act von 1924 brachte die legale Einwanderung von Chinesen auf gesamtstaatlicher Ebene ein weiteres Mal zum Stoppen. Erst das Jahr 1965 führte dann - im Zeichen einer starken demokratischen Mehrheit im Senat und im Abgeordnetenhaus - eine Wende herbei und zwar in Form des "Immigration and National Amendment Act", in dessen Folge die zweite massive Einwanderungswelle aus Asien, und damit ein neues Kapitel in der Geschichte der "Chinese Americans" beginnen konnte.²

1.2

Die Auswanderung ins "Nanyang"-Gebiet

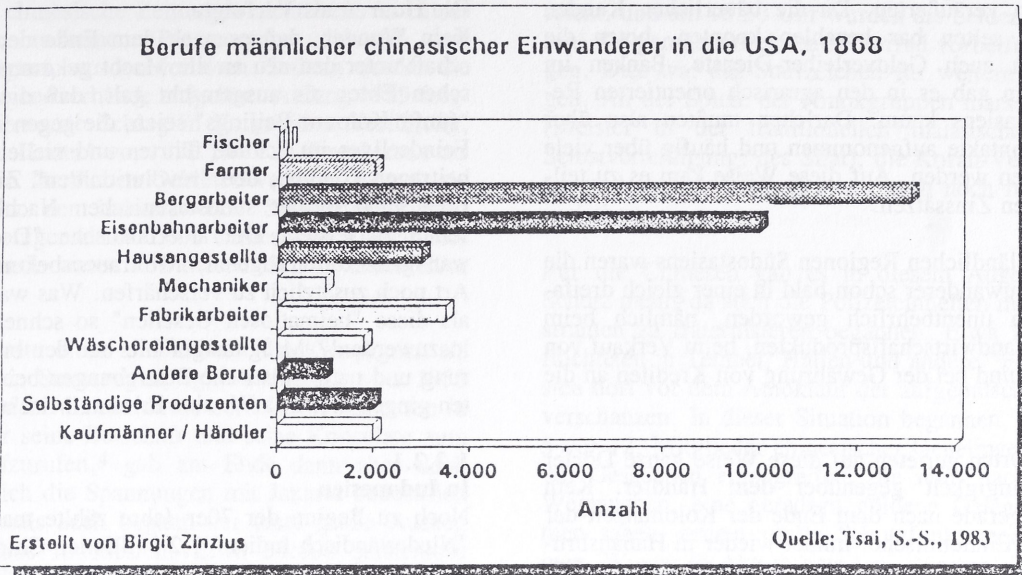
1.2.1

Die Huaren als Neureiche

Wurden die Huaren in Amerika zu "Kulis" entwürdigt, so kamen sie im (damals noch europäisch kolonisierten) Nanyang schnell zu Wohlstand und wurden nicht selten auch zu Gläubigern und Ausbeutern der heimischen Bevölkerung, die sich Bumiputra ("Söhne der Erde") oder "Pribumi" nannten. (Siehe Karte "Die historischen Wanderungsströme und die gegenwärtige Verteilung der Huaren auf die Region um das Südchinesische Meer".)

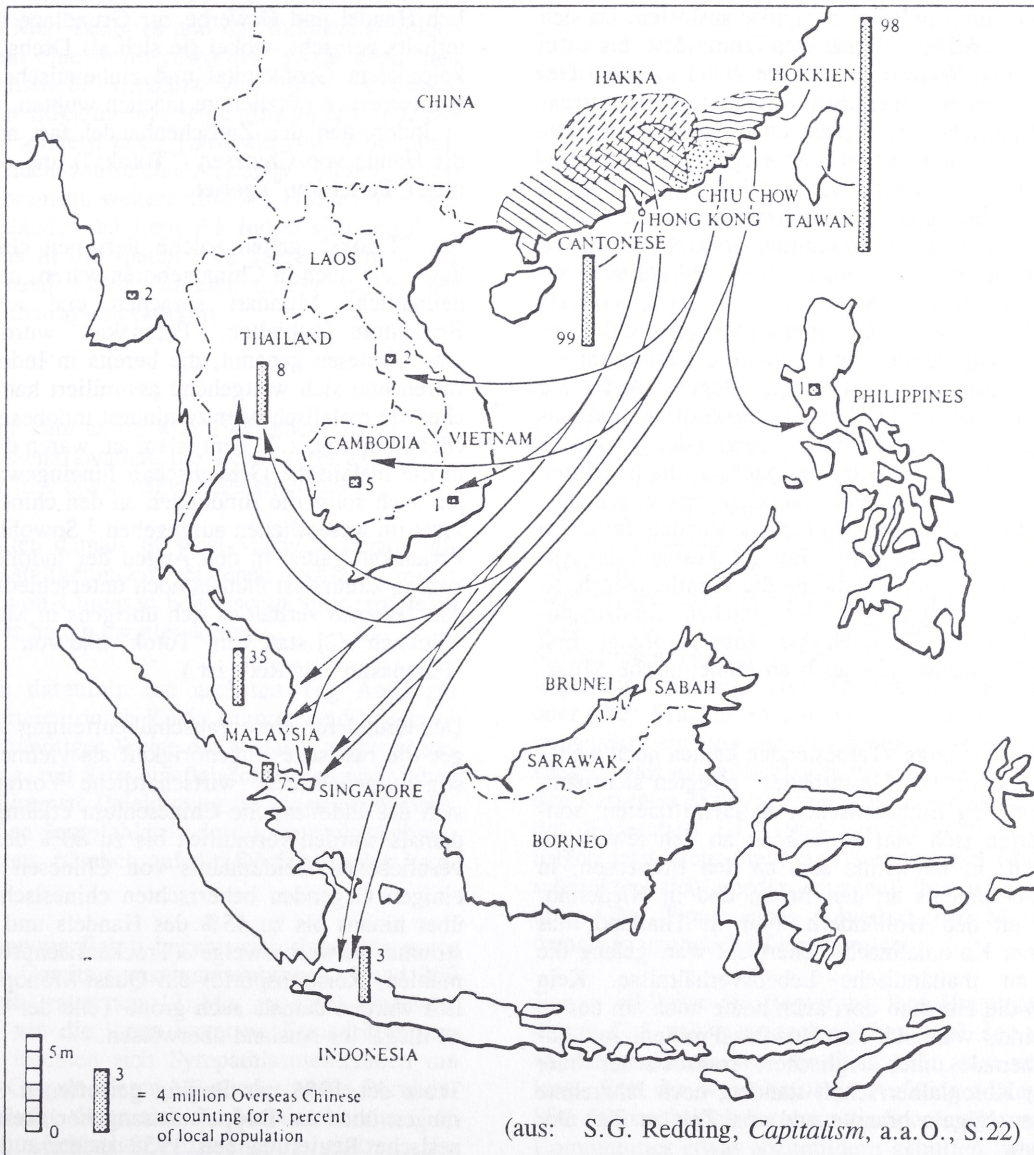
Vor allem in Thailand und in zahlreichen malaiischen Gebieten, in denen die Bevölkerung ganz landwirtschaftlich ausgerichtet war und keinerlei Erfahrungen im Umgang mit Geld und Handelsfragen hatte, fanden die quirligen chinesischen "Gastarbeiter" ein für sie dankbares Betätigungsfeld.

Schon bald betätigten sich chinesische Firmen als Aufkäufer landwirtschaftlicher Produkte und etablierten sich so als Relais-Stationen zwischen den ausländischen Handelsfirmen in den Häfen und der einheimischen bäuerlichen Bevölkerung. Die chinesischen Händler pflegten die landwirtschaftlichen Produkte meist dann aufzukaufen, wenn sie am billigsten waren, und erst dann weiterzuveräußern, wenn sie den besten Preis erzielen konnten. Diese Verbindungsfunktionen waren vor allem deshalb so unentbehrlich, weil nur mit ihrer Hilfe leistungsfähige Kontakte zwischen den Hafenstädten und den infrastrukturell ganz unerschlossenen Gebieten im Hinterland hergestellt wurden. Oft konnten Gewürze und andere begehrte Landwirtschaftsgüter nur auf abenteuerlichem Weg, z.B. durch Kanäle und über Bergpfade, herangeschafft werden. Da die chinesischen Händler aber schon einmal auf die Dörfer



(aus: Zinzius, o.a.O., S.26)

Karte: Die historischen Wanderungsströme und die gegenwärtige Verteilung der Huaren auf die Region um das Südchinesische Meer



gingen, brachten sie auch gleich Konsumgüter mit, die sie an die Bauern veräußerten. Da die bäuerlichen Kunden solche Waren selten bar bezahlen konnten, boten die Händler ihnen auch Geldverleiher-Dienste. Banken im westlichen Sinn gab es in den agrarisch orientierten Regionen Südostasiens kaum. Darlehen mußten also über persönliche Kontakte aufgenommen und häufig über viele Stufen verliehen werden. Auf diese Weise kam es zu teilweise horrenden Zinssätzen.

In zahlreichen ländlichen Regionen Südostasiens waren die chinesischen Zuwanderer schon bald in einer gleich dreifachen Funktion unentbehrlich geworden, nämlich beim Kauf von Landwirtschaftsprodukten, beim Verkauf von Konsumwaren und bei der Gewährung von Krediten an die Bauern.

An manchen Orten gerieten auf diese Weise ganze Dörfer in Schuldabhängigkeit gegenüber dem Händler. Kein Wunder, daß gerade nach dem Ende der Kolonialzeit der Unwille vieler Einheimischer immer wieder in Haßausbrüche gegen "die" Huaqiao (zu diesem Begriff s. Kapitel 5) umschlug, die nun in ihrer Gesamtheit für das Ausbeutungsübel verantwortlich gemacht wurden.

Zum schlechten Ruf der Huaqiao trug auch bei, daß diese, all ihrer wirtschaftlichen Effizienz zuwider, paradoxerweise kaum entwicklungspolitische Impulse auslösten. Da sich die meisten "Gastarbeiter" nämlich zumindest bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs in aller Regel mit dem Gedanken trugen, eines Tages doch wieder in ihre chinesische Heimat zurückzukehren, versuchten sie in ihren Gastländern erst gar keine langfristig angelegten und kapitalintensiven Betriebe aufzubauen, sondern hielten in der Regel nach solchen Gelegenheiten Ausschau, bei denen sich in möglichst kurzer Zeit ein Maximum an Geld verdienen ließ. Selbst Familienunternehmen, die Hunderte von Arbeitskräften beschäftigten, waren meist nichts anderes als ein Flickwerk aus zahlreichen ineinander verschachtelten Kleinunternehmungen, die sich im Laufe der Jahre um ein Mutterunternehmen herum zu bilden pflegten. Auf diese Weise wurden also kaum durchschlagskräftige und zukunftssträchtige Basisunternehmen gegründet, sondern lediglich Geschäftstrauben zusammengefügt, die nur durch das personelle Band der Familie verklammert waren. Sogar bei der Einstellung des Personals standen familiäre Gesichtspunkte im Vordergrund: Bei der Auswahl der Angestellten wurden nämlich zunächst die Familienangehörigen, sodann die Angehörigen der gleichen Landsmannschaft und schließlich Chinesen überhaupt bevorzugt. Erst ganz am Schluß dachte man auch an einheimische Mitarbeiter.

Zu diesen "Ausbeutungs"-Tatbeständen kamen noch weitere Vorwürfe hinzu: die "Gastarbeiter" pflegten sich nämlich selten mit den Einheimischen zu identifizieren, sondern orientierten sich von Anfang an an den jeweiligen Kolonialherren, in Indochina also an den Franzosen, in den Straits Settlements an den Briten und in Niederländisch-Indien an den Holländern. Nur in Thailand, das nicht von einer Kolonialmacht beherrscht war, gelang die Anpassung an thailändische Lebensverhältnisse. Kein Wunder, daß die Huaqiao dort auch heute noch am besten assimiliert sind, während das Huaqiao-Problem in Ländern, die ehemals unter englischer, französischer oder holländischer Kolonialherrschaft standen, noch Jahrzehnte später auf den Nägeln brannte und von Zeit zu Zeit Pogrome auslöste.

1.2.2

Die Huaren als Verfolgte

Kein Wunder, daß es nach dem Ende der Kolonialherrschaft unter den neu an die Macht gekommenen einheimischen Eliten als ausgemacht galt, daß die Huaqiao eine "fünfte Kolonne Beijings" seien, die gegen ihre Gastländer Feindseliges im Schilde führten und vielleicht sogar dazu beitragen könnten, den "revolutionären" Zielen der Maoisten auch in der südostasiatischen Nachbarschaft Vorschub zu leisten. Die amerikanische "Domino"-Theorie war ganz dazu angetan, Mißtrauensbekundungen dieser Art noch zusätzlich zu verschärfen. Was war da logischer, als diese "heimatlosen Gesellen" so schnell wie möglich loszuwerden!? Mißgunstgefühle bei der breiten Bevölkerung und nationalistische Bestrebungen bei den neuen Eliten gingen hier m.a.W. eine brisante Mischung ein.

1.2.2.1

In Indonesien

Noch zu Beginn der 70er Jahre zählte man im einstigen "Niederländisch-Indien" 1,2 Millionen Chinesen mit indonesischer Staatsangehörigkeit, weitere 1,2 Millionen Staatenlose (mit chinesischer Herkunft) und 350.000 Chinesen mit VRCh-Paß. Die Vorfahren dieser etwa 3 Millionen starken Gruppen waren im 19. und 20. Jh. eingewandert und hatten, da ihnen aufgrund der niederländischen Kolonialverfassung Landerwerb verboten war, fast ausschließlich Handel und Gewerbe zur Grundlage ihres Lebensunterhalts gemacht, wobei sie sich als Drehscheibe zwischen kolonialem Großkapital und einheimischen Produzenten/Konsumenten nützlich zu machen wußten. So kam es, daß in Indonesien der Zwischenhandel fast ausschließlich in die Hände von Chinesen ("Totoks") und deren Nachkommen ("Peranakan") geriet.

Als "Totoks" galten solche Personen chinesischer Herkunft, die noch in China geboren waren, nach wie vor ihre heimatliche Mundart sprachen und an chinesischem Brauchtum festhielten. "Peranakan" wurden dagegen all jene Chinesen genannt, die bereits in Indonesien geboren waren und sich weitgehend assimiliert hatten. Meist sprachen sie malaiisch oder zumindest indonesische Lokalsprachen, gehörten z.T. dem Islam an, waren durch Mischehen in die malaiische Gemeinschaft hineingewachsen und hatten auch sonst die Bindungen an den chinesischen Kulturkreis im wesentlichen aufgegeben.³ Sowohl Totok als auch Peranakan galten in den Augen der indonesischen Bevölkerung zumindest damals noch unterschiedslos als Ausländer. (Ebenso verhält es sich übrigens in Malaysia, wo von "Sinkheh" [2] statt von "Totok" und von "Baba" statt von "Peranakan" die Rede ist.)

Der Grund für diese Pauschalbeurteilung war wohl weniger die rassische Zugehörigkeit als vielmehr die mißgünstig aufgenommene wirtschaftliche Vorrangposition, die sich das indonesische Chinesentum erkämpft hatte: schon damals wurden vermutlich bis zu 80% des in Privathand verbliebenen Geldumlaufs von Chinesen kontrolliert. In einigen Gegenden beherrschten chinesische Händler darüber hinaus bis zu 45% des Handels und übten über bestimmte Erwerbszweige (Trockenfischproduktion, Reismühlen, Reistransporte) ein Quasi-Monopol aus. Angeblich wurden damals auch große Teile der Geschäftsgewinne illegal ins Ausland überwiesen.

Trotz der 1955 mit Beijing getroffenen Sondervereinbarungen über die Doppelstaatsangehörigkeit ließ die indonesische Regierung seit 1958 mehrere diskriminierende

Maßnahmen gegen die Überseechinesen anlaufen: Zunächst durften chinesische Zeitungen nicht mehr in chinesischer Schrift erscheinen. Presseorgane, die sich dem Befehl nicht fügten, wurden verboten. Sodann wurden die chinesischen Jugendverbände aufgelöst. Anfang 1959 folgte dann der schwerste Schlag in Form einer Verfügung, derzufolge "Ausländer" vom 1.1.1960 an ihre Lizenz als Einzelhändler in ländlichen Gebieten verlören, soweit sie nicht im Besitz der indonesischen Staatsangehörigkeit seien. Nicht weniger als 300.000 chinesische Einzelhändler auf dem Lande waren von diesem Schlag unmittelbar betroffen.

Beijing betrachtete diese antichinesischen Kampagnen als einen Bruch der Staatsangehörigkeitsregelung von 1955 und schreckte nicht einmal davor zurück, die Chinesen in Indonesien über seine Botschaft und seine Konsulate zum Widerstand aufzurufen,⁴ gab am Ende dann aber doch klein bei, als sich die Spannungen mit Jakarta bedenklich zuspitzten. Damals auch begann der erste große Auszug der Chinesen aus Indonesien. Etwa 50.000 staatenlose Chinesen verließen damals fluchtartig die Republik Indonesien, z.T. in Richtung China. Mit dem Abschluß eines bilateralen Freundschaftsvertrags vom 1.4.1961 begann sich die Atmosphäre zwischen den beiden Staaten dann aber plötzlich von Grund auf zu wandeln. Vier Jahre lang, nämlich bis 1965, hatte alle Welt sogar den Eindruck, als seien das China Mao Zedongs und das Indonesien Sukarnos ein Herz und eine Seele geworden. Doch dann kam der antikommunistische Umsturz von 1965, in dessen Gefolge nicht nur Sukarno und seine Anhänger durch Suharto verdrängt, sondern auch Tausende von "Kommunisten", darunter auch zahlreiche Auslandschinesen, liquidiert wurden, woraufhin weitere 100.000 Huaren in einem zweiten großen Exodus der Republik Indonesien den Rücken kehrten.⁵ Bis in die späten 70er Jahre hinein waren darüber hinaus rund 3.000 Chinesen in den Lagern bei Medan (Nord-Sumatra) eingekerkert.

1.2.2.2

In Malaysia

In Kuala Lumpur kam es im Mai 1969 ebenfalls zu antichinesischen Massenkrawallen, die wegen ihrer exemplarischen Bedeutung hier etwas näher beleuchtet seien:

Am 10. Mai hatten damals in West-Malaysia gerade allgemeine Wahlen stattgefunden, bei denen auch zwei bisher bedeutungslose, von Chinesen beherrschte Splitterparteien Stimmenzuwächse hatten erzielen können.

Begeistert zogen daraufhin am nächsten Tag Anhänger dieser beiden Parteien durch Kuala Lumpur und begannen dabei in höchst unnötiger Weise die Malaien zu provozieren, indem sie u.a. mit Schweinefleischbrocken nach ihnen warfen - die schlimmste Beleidigung für einen Mohammedaner! - und ihnen "empfohlen", dorthin zurückzukehren, wo sie hingehörten, nämlich auf die Dörfer ("Balek kampong!").

Im Stadtteil Kampong Bahru begann sich daraufhin unter den Malaien ein Gewitter zusammenzubrauen. Rund 300 erregte Aktivisten traten am 12. Mai zu einer Gegendemonstration an, um die ihnen angetane Erniedrigung zu rächen. Schnell bildeten sich Sympathisantentrauben um den Kern dieser Gruppe, deren Mitglieder weiße Stirnbänder trugen: Symbole, deren sich die Malaien bereits 1946 bedient hatten, um britischen Flugzeugen zu trotzen. Um

16 Uhr hatte der Demonstrationszug die Innenstadt erreicht, und um 18.30 Uhr wurden die beiden ersten Chinesen, die gerade auf einem Motorrad vorbeifuhren, erschlagen. Dies war das Startzeichen für weitere Ausschreitungen. An der Spitze der Amokgruppen marschierten Gurus (Meister in der traditionellen malaiischen Kunst der Selbstverteidigung, des Silat), die Koran-Verse deklamierten und dem Aufmarsch damit auch noch religiöse Patina verliehen.

Für die Chinesen gab es in diesem Augenblick keinen Schutz mehr, da auch die Polizeieinheiten mit den Demonstranten zu fraternisieren begannen. Etwa 15.000 Huaren flüchteten in Tempel, Hallen und andere "Festungen", um sich dort vor dem Amoklauf der aufgeputschten Menge zu verschanzen. In dieser Situation begannen, sozusagen um 5 vor 12, Mitglieder chinesischer Geheimgesellschaften in das Geschehen einzugreifen, die nun, nach jahrelangem Wegtauchen, eine geradezu goldene Gelegenheit gekommen sahen, erneut uralte Schutzfunktionen zu übernehmen. Wieder in Aktion getreten, stürzten sie sich auf solche Malaien, die Tuchfühlung zu den Hauptgruppen verlorren hatten, und massakrierten sie. Die Polizei, die untätig zugehört hatte, solange nur Chinesen getötet worden waren, schritt nun energisch gegen die chinesischen Banden ein.

Erst nach mehreren Tagen war die Ordnung wieder hergestellt. Wieviele Todesopfer die Unruhen damals gefordert haben, konnte nie ganz eindeutig ermittelt werden. Regierungsstellen sprachen von 193, andere Beobachter von 600 bis 700 Toten.⁶

Tunku Abdul Rahman, der Architekt der Föderation Malaysia, der in diesem kritischen Augenblick sein Lebenswerk gefährdet sah, suchte nach einer salvatorischen Sprachregelung und stellte die Ausschreitungen vom 11. Mai zunächst als Werk "terroristischer Kommunisten" hin. Nun waren zwar zahlreiche Triaden-Mitglieder bei den kommunistischen Aufständen von 1948 mit von der Partie gewesen, doch konnte es keinem unvoreingenommenen Beobachter verborgen bleiben, daß es sich hier keineswegs um kommunistische Konspiration, sondern um die explosive Entladung von Sprengstoff gehandelt hatte, der sich zwischen den Communities der Malaien und der Chinesen seit langem angesammelt hatte. Dies wurde besonders deutlich, als sich die beiden verfeindeten Volksgruppen in den nachfolgenden Monaten gegenseitig zu boykottieren begannen. So weigerten sich nun beispielsweise die Chinesen, von Malaien hergestellte Zigaretten oder aber Früchte zu kaufen. Kein Malaie hätte damals umgekehrt ein von einem Chinesen gesteuertes Taxi bestiegen. Mit einem Schlag hatte sich der Graben zwischen den Rassen in Malaysia deutlicher als je seit der Gründung der Föderation i.J. 1963 vertieft. Chinesische Frauen trugen jetzt nicht mehr den Sarong, und Malaiinnen beschränkten sich wieder ganz auf ihre traditionelle Kleidung. Der Traum eines polyethnischen Malaysia schien damals in unendliche Ferne gerückt.

Fortan erblickte die Regierung ihre Hauptaufgabe darin, diesen Riß mit gesetzgeberischen und sozialen Mitteln wieder zu kitten, was ihr dann z.T. auch notdürftig gelang. Erst der wirtschaftliche Aufstieg Malaysias in den 80er Jahren freilich hat dann die Spannungen zwischen den Communities etwas abzumildern geholfen, wenngleich die

Drohung von 1979, die sinovietnamesischen "Boat people" notfalls mit Artilleriefire fernzuhalten, nach wie vor deutliche Hinweise auf die Stimmungslage der Bumiputra lieferte.

1.2.2.3

In Südvietnam

Spannungen aber auch in Südvietnam: Als 1968 die Tet-Offensive bis an die Stadtränder von Saigon anbrannte, hatten besonders die Chinesen in der Vorstadt Cholon zu leiden: wieder einmal waren sie dabei als "Fünfte Kolonne Pekings" ins Feuer geraten. Die Verfolgungen wiederholten sich, wenn auch wesentlich subtiler vorgetragen, nach der Vereinigung Südvietnams mit dem Norden, vor allem i.J. 1978.

1.2.2.4

In Birma

In Birma hat man es den Auslandschinesen vor allem verübelt, daß sie auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution, nämlich 1967, "rotgardistische" Umzüge in Rangun veranstalteten, und daß viele von ihnen damals auch sonst kein Hehl aus ihrer Bereitschaft machten, der damals von Beijing aus gesteuerten Subversion in Birma Handlangerdienste zu leisten.

Dem maoistischen Subversionskurs wurde erst in den Jahren 1968 ff. die Spitze abgebrochen, als nämlich der Konflikt zwischen Moskau und Beijing einen Höhepunkt erreicht hatte und die VR China ihre Nachbarstaaten jetzt nur noch danach zu bewerten schien, ob sie für oder gegen die UdSSR eingestellt seien. Da die Regierung in Rangun - im Gegensatz zu derjenigen in Hanoi - damals wenig Moskau-Begeisterung an den Tag legte, rang sich die VRCh ihr gegenüber zu einem Freundschaftskurs durch. Von Subversionsgefahr konnte deshalb seit spätestens Mitte der 70er Jahre keine Rede mehr sein, geschweige denn von einer Gefährdung durch in Birma lebende Huaren.

1.2.2.5

In Thailand

Sogar in Thailand gab es Reibungen, und dies, obwohl die zugewanderten Chinesen sich dort - mangels kolonialer Vorherrschaft - stärker an die thailändischen Eliten und Sitten angepaßt hatten als in irgendeinem anderen Land Südostasiens. Die ersten Chinesen waren bereits im 13. und 14. Jh. nach Siam gekommen und hatten es dort im Dienste des Königs und der siamesischen Bürokratie zu Ansehen gebracht. Ihren Höhepunkt hatte die Einwanderung freilich erst im 19. Jh. erreicht, als sich die Immigranten der Dreieinhalb-Millionen-Grenze näherten, womit sie fast ein Zehntel der damaligen siamesischen Bevölkerung ausmachten. Vor allem in der Hauptstadt Bangkok hatte es damals mehr Chinesen als Thais gegeben.

Ein "Auslandschinesen-Problem" entstand allerdings erst mit dem Aufkommen des Thai-Nationalismus i.J. 1932. Einer der unnachgiebigsten Exponenten des Thai-Nationalismus, Phibun Songkhram, der 1938 an die Macht kam, setzte zahlreiche Maßnahmen der Assimilierungspolitik sowie der wirtschaftlichen Thaiisierung in Gang. Die Regierung Phibun beließ es aber nicht nur bei gesetzgeberischen Maßnahmen, sondern appellierte darüber hinaus an jeden Thai-Patrioten, in Zukunft keinen Ausländer (sprich: Chinesen) mehr zu heiraten, nur noch authentisch-thailändische Lebensmittel zu konsumieren und überhaupt Waren

ausländischer "Herkunft" zu boykottieren. Diese antichinesische Politik wurde noch verschärft, als japanische Truppen im Dezember 1941 in Thailand einrückten und dort von der Phibun-Regierung willkommen geheißen wurden. Auch nach dem Abzug der Japaner ließ Phibun, und zwar hauptsächlich 1948, zahlreiche chinesische Schulen schließen und Lehrer sowie chinesische Schulvorsteher arretieren. Der chinesischen Gemeinde schienen damals harte Jahre bevorzustehen. Doch da trat 1955 eine überraschende Wendung zum Besseren ein. Phibun verkündete nämlich eine neue Ära der Politik gegenüber "Ausländern". Die Gründe? Einige Spekulationen gingen dahin, daß die neuen amerikanischen Ratgeber dem Staatspräsidenten diesen Kurswechsel eingeredet hätten. Andere meinten, daß die Politik der Bandung-Konferenz (April 1955) einen Politikwechsel erzwungen habe.

Die Politik des "milden Containment" wurde auch fortgesetzt, nachdem Marschall Sarit im September 1957 durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen war. Seitdem blieb die Haltung Bangkoks gegenüber den Huaren vergleichsweise großzügig, auch wenn "Ausländer" bestimmte Gewerbe (z.B. Herstellung von Buddha-Bildnissen, Friseurhandwerk etc.) nicht betreiben und da und dort auch besondere "Registrationsgebühren" zahlen mußten. Die Huaren hatten jedoch nie Schwierigkeiten damit, solche Verbote geschickt zu umgehen, zumal sie mit ihrem schnell wieder wachsenden wirtschaftlichen Einfluß für die Regierung (aber auch für so manchen bestechlichen Subalternbeamten) immer unentbehrlicher wurden. Schon damals galt die Erkenntnis, daß man keine Gans schlachtet, die goldene Eier legt.⁷ Immer wieder gab es zwar kleinere Zwischenfälle, so z.B. im Juli 1974, als bei Auseinandersetzungen um das Bangkok-Huaren-Milieu 28 Personen ums Leben kamen.⁸ Mittlerweile ist über diese Vorfälle aber längst Gras gewachsen.

1.3

Die Auswanderung nach Amerika

1.3.1

Die drei Wellen

Den zwei großen Auswanderungsbewegungen im 19. und zu Beginn des 20. Jh. folgte nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal eine Push-Bewegung, ehe mit Ausrufung der VR China die Migrationswellen dann für Jahre zum Stillstand kamen.

Im Zuge der ersten und zweiten Auswanderungswelle waren vor allem Bauern und Kleinhändler aus den südostchinesischen Küstenprovinzen dem Ruf der Ferne gefolgt. Unter den Flüchtlingen der dritten Welle befanden sich dagegen nicht nur die Armen und Ärmsten Südostchinas, sondern auch Großhändler ("Compradores"), Industrielle und Intellektuelle, die zwar auch diesmal wiederum hauptsächlich aus den Küstengebieten, daneben zu einem nicht unerheblichen Teil aber auch aus anderen Teilen Chinas stammten, und denen die Furcht vor den chinesischen Kommunisten gemeinsam war. Das mit diesen Flüchtlingen aus China wegströmende Fachwissen und Industriesowie Bankkapital kam, in einer Art Nullsummenspiel, vor allem Hongkong, Taiwan und den Auslandschinesengemeinden, nicht zuletzt aber auch den USA zugute.

Die erste Einwanderungswelle der Huaren in die USA war zwischen 1848 und 1882 erfolgt. Als Reaktion darauf hatte zwischen 1882 und 1924 eine immer rigorosere Ge-

setzung die Einwanderung aus Asien zu erschweren versucht. Vor allem der *National Origin Act* von 1924 legte Quoten fest, die sich gegen Chinesen, Japaner und Koreaner richteten.

Eine Wende setzte hier erst 1965 ein, und zwar mit dem *Immigration and National Amendment Act*, der eine zweite massive asiatische Einwanderungswelle ermöglichte. Zinzius⁹ erklärt diese Wende mit Offenbarungszwängen, denen eine "durch Vietnamkrieg und neue Armut angeschlagene Regierung" unterworfen war und die Amerika dazu veranlaßten, sich noch demonstrativer als bisher als Verkünder der "Freien Welt" zu profilieren.

So kam es, daß zwischen 1965 und 1990 der asiatische Anteil an der US-Bevölkerung von einer Million auf 5 Millionen anstieg und daß in diesen 25 Jahren genauso viele Menschen aus asiatischen Ländern einwanderten wie im gesamten Zeitraum zwischen 1850 und 1960.

Durch Gesetze von 1986 und 1990 versuchten die USA, diesen neuen Zustrom erneut zu kanalisieren, wenn auch nicht mehr so rigoros wie 1924.

Kalifornien, New York und Hawaii sind seit 1965 die drei wichtigsten - und übrigens auch schon in der Vergangenheit bevorzugten - Staaten für die asiatischen Einwanderer. Nach dem Stand von 1990 lebten in Kalifornien 2,8 Millionen Asiaten, davon 705.000 Chinesen (Zuwachs gegenüber 1980 um +127%!). An zweiter Stelle steht New York mit 694.000 Asiaten, davon 284.000 Chinesen, und an dritter Hawaii (685.000). Hohe Zuwachsraten an Asiaten weisen auch Texas, New Jersey, Massachusetts und Illinois auf.¹⁰

Siedlungsschwerpunkt der Chinese Americans ist San Francisco mit seiner Chinatown, dem am dichtesten besiedelten Gebiet in den USA, wie ja überhaupt die brennpunktartige Verdichtung besonders charakteristisch für die chinesische Siedlungsweise geworden ist.

Die Huaren zeichnen sich gegenüber anderen Einwanderungsgruppen vor allem durch Familienverbundenheit und Lernbereitschaft aus; sie gelten bei ihren amerikanischen Mitschülern seit den 80er Jahren als "Whiz kids" - whiz steht hierbei für "wizard", d.h. für "Überflieger" - die, den Adepten des einstigen Mandarinats vergleichbar, stets die Spitze, d.h. hier die amerikanischen Top-Universitäten, anstreben, während der Mittelbau des amerikanischen Bildungssystems ausgespart bleibt. Weil die Huaren von den weißen US-Amerikanern häufig von den Chefetagen ferngehalten werden, versuchen sie, Schlüsselpositionen vor allem im Wissenschaftsbereich und in den Fachberufen anzustreben.¹¹ 1995 kam es zu einem Stimmungsumschwung und zu einer Änderung in der bisher so auffällig unpolitischen Verhaltensweise der Huaren, nachdem sich rassistisch motivierte Attacken gegen die "Asian Americans" gehäuft hatten - 1994 war mit landesweit 452 Zwischenfällen ein neuer Rekord erreicht worden - und dies, wie vor allem die Auslandschinesen empört feststellten, gegenüber einer Minderheit, die sich dem American Way of Life besonders stark angepaßt hatte, ohne deswegen freilich gleich ihre kulturellen Wurzeln verkümmern zu lassen.

Das "National Asian Pacific American Legal Consortium" (NAPALC), eine Dachorganisation von 40 asiatischen Vereinigungen, führte in einer Studie über die Lage der

Asiaten in den USA darüber Klage, daß die "Asian Americans" in Romanen und Filmen unverändert als "unzuverlässige Ausländer, unlautere Geschäftsleute oder Meister der Kriegskunst" dargestellt würden.

Der Verband beklagte sich ferner über die zunehmenden Übergriffe, die durch solche Verzerrungen zweifellos mit angestachelt würden, sowie über eine Reihe von Gesetzesinitiativen, die darauf abzielten, den Zustrom asiatischer Immigranten einzudämmen.

Im Dezember 1995 wurde in Los Angeles die "Asian American Association" aus der Taufe gehoben, und zwar mit dem Ziel, Restriktionen dieser Art zu bekämpfen und gleichzeitig ein asiatisches Wählerpotential zu mobilisieren. Bis Mitte Januar 1995 hatten sich dem Verband bereits 330.000 Mitglieder angeschlossen - Zeichen einer gewaltigen Nachfrage; waren doch rund 70% der 1,6 Mio. Immigrationsanträge von Geschwistern und 260.000 Anträge von verheirateten Kindern asiatischer Amerikaner gestellt worden, die einen gegen ihre Rasse gerichteten "Immigration Act" à la 1924 kein zweites Mal dulden möchten.¹²

1.3.2

Verdoppelung des Zuwandererstroms aus Asien

Bemerkenswerterweise hat sich die Zahl der asiatischen Einwanderer in den USA von nur 3,8 Millionen i.J. 1980 auf 7,3 Millionen i.J. 1990 fast verdoppelt. Noch Mitte der 60er Jahre hatten die asiatischen Amerikaner nicht einmal die Millionenzahl erreicht, von denen wiederum mehr als die Hälfte Japaner gewesen waren.

Als Spätfolge der Indochina-Kriege waren dann allerdings innerhalb kürzester Zeit 2 Millionen politische Flüchtlinge und Familiennachzügler in die USA gekommen, bei denen wiederum eine rasante Geburtenrate zu verzeichnen war. Chinesen, Vietnamesen, Japaner, Filipinos, Inder und Koreaner stellen inzwischen 3% der US-Bevölkerung von insgesamt 250 Millionen Menschen.

40% aller asiatischen Amerikaner - unter ihnen vor allem Chinesen - leben im bevölkerungsreichsten der 50 Bundesstaaten, nämlich in Kalifornien. 3 von 30 Millionen Kaliforniern, also 10%, stammen aus Ost- und Südostasien. Sie sind eine Musterminderheit - fleißig und unternehmerisch, gut ausgebildet, diszipliniert und anpassungsbereit. Ihre größten Erfolge erzielen sie, wie bereits erwähnt, erstens im Bereich der Wirtschaft, wo vor allem die Familien eng zusammenarbeiten, und zweitens an den Schulen und Universitäten, wo der "Klassenprimus" schon heutzutage in aller Regel chinesische Gesichtszüge trägt.

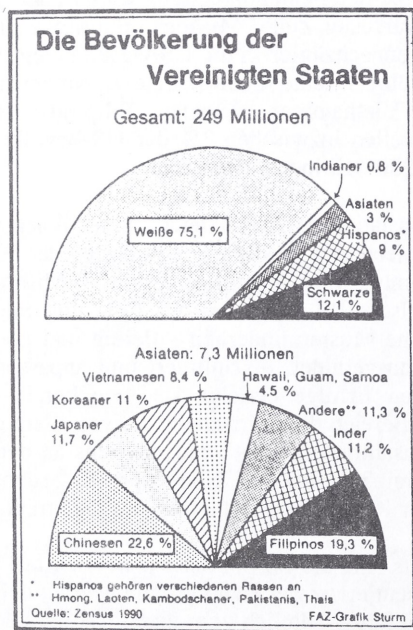
Andererseits sind sie im politischen Bereich fast notorisch unterrepräsentiert. Zwei Hauptgründe werden dafür immer wieder angeführt, nämlich zum einen das politische Trauma, das sie noch aus ihren autoritären Heimatländern mitgebracht haben und das innenpolitische Abstinenz ratsam erscheinen läßt, zum anderen aber die Furcht, im rauen Klima des politischen Wettbewerbs allzusehr schnell Gesicht zu verlieren, so daß ein Kandidat, wenn er schon zur Wahl antritt, nur in einem "sicheren Wahlkreis" kandidieren möchte. Drittens aber glauben die Chinesen, daß ihre Chinatowns noch zu klein sind, um mit den schwarzen Ghettos oder den spanischen Barrios in Konkurrenz treten zu können. Nur in San Francisco, wo inzwischen 28% der Stadtbevölkerung Asiaten sind, gab es auch schon einmal einen chinesischen Bürgermeisterkandidaten.

Die politische Askese hat, viertens, oft damit zu tun, daß die Leitung eines Familienunternehmens die Kräfte des Führungspersonals so sehr in Anspruch nimmt, daß für politisches Engagement nur noch wenig Zeit bleibt. Lieber unterstützen chinesische Unternehmer deshalb einen Politiker, von dessen Einfluß segensreiche Auswirkungen zu erwarten sind, als daß sie selbst ins Geschehen eingreifen. Die "Kultur der Indirektheit" kommt also auch in der Politik zum Tragen.

Ein fünfter Grund besteht darin, daß immer mehr Chinesen von den Chinatowns wegziehen und sich - als White-Collar-Arbeiter, die sie sind - in den von der weißen amerikanischen Mittelschicht bewohnten Vororten ansiedeln, womit sie rasch eine neue Identität annehmen. Gerade unter den Chinesen entstehen so immer mehr waschechte amerikanische Patrioten, die beispielsweise gegen die unfairen japanischen Handelspraktiken wettern, und die ihre Stimme den beiden großen amerikanischen Parteien etwa zu gleichen Hälften geben, wobei allerdings Chinesen, Koreaner und Vietnamesen, die früher einmal mit "kommunistischer Vergangenheit" hatten Erfahrungen sammeln müssen, mehr den konservativen Republikanern zuneigen. Filipinos, die hinter den Chinesen die zahlenmäßig zweitstärkste Gruppe unter den asiatischen Amerikanern bilden, aber auch Japaner und Inder neigen dagegen eher den liberalen Demokraten zu.¹³

Wie die 7,3 Millionen Asien-Amerikaner aufgeteilt sind, ergibt sich aus der beiliegenden Graphik.

Schaubild 1:



Quelle: FAZ, 28.12.1991

1.3.3

Illegale Zuwanderung

Nicht immer freilich wurden die Gäste aus Fernost mit offenen Armen aufgenommen.

Peinlich berührt zeigen sich die Behörden sowohl in Beijing als auch in Taibei immer dann, wenn wieder einmal über illegale Zuwanderungen von Chinesen in anderen Teilen der Welt berichtet wird.

So hatten sich beispielsweise zwischen 1991 und 1993 über ein Dutzend Schiffe an die westamerikanische Küste bei Nacht und Nebel herangeschlichen, und zwar entlang der gesamten von Mexico bis hinauf nach Kalifornien; dort hatten sie mehrere tausend "undocumented immigrants" abgesetzt.

Die amerikanischen Einwanderungsbehörden waren zunächst ratlos und verhielten sich passiv. Als jedoch am 6. Juni 1993 die "Golden Venture" am Strande von Queens kenterte, wobei mehrere chinesische Passagiere ums Leben kamen, begann die US-Regierung einen härteren Kurs einzuschlagen; vor allem nachdem sie erfahren hatte, daß hinter der Einwanderungswelle kriminelle Schlepperbanden standen: einige davon aus Hongkong und Taiwan, andere aus China und aus amerikanischen Auslandschinesengemeinden. Angeblich hatten sich die Immigranten verpflichtet, nachträglich bis zu 30.000 US\$ an die Schleppersyndikate zu zahlen, wodurch sie nicht selten in die Prostitution oder in den Drogenhandel getrieben wurden.¹⁴ Im Laufe des Jahres 1993 erklärten die amerikanischen Behörden die Einwanderung dieser unerwünschten Gäste zu einer "national security issue".¹⁵

Bei den chinesischen Behörden trafen die Amerikaner mit ihrer Klage auf volles Verständnis. Auch China kämpfe gegen "illegale Auswanderung" und verhängte z.T. harte Strafen, doch könne es leider den von internationalen Schmugglerbanden organisierten und in großem Stil betriebenen Schlepperprozeß nicht lückenlos überwachen.¹⁶ Die illegalen Auswanderer seien sowohl Gesetzesbrecher als auch Opfer. Die VR China sei bereit, mit den US-Behörden zusammenzuarbeiten, um den Schlepperbanden das Handwerk zu legen.

Nach amerikanischen Ermittlungen waren bereits zwischen 1987 und 1991 rund 100.000 Chinesen illegal in die USA eingewandert.¹⁷

Ähnliche Klagen waren auch von einer Reihe von europäischen Ländern zu hören.

1.4

Die Herkunft der Huaren und der "Stoff, aus dem die Netzwerke sind"

1.4.1

Fünf Hauptgruppen

Da der Großteil der Huaren Südasiens bereits vor dem Zweiten Weltkrieg nach Nanyang gekommen war, soll hier noch ein Blick auf die wichtigsten Herkunfts- und auf die hauptsächlichlichen Ansiedlungsgebiete geworfen - und damit auch ein wenig auf jene Heimatmilieus hingewiesen werden, die bis auf den heutigen Tag noch als Verankerung für den nach wie vor florierenden *guanxi*-Kapitalismus dienen.

Aus fünf Gruppen haben sich die Auswanderer hauptsächlich rekrutiert, nämlich den *Fujianren* (oder "Hokkien"), den *Chaozhouren* ("Teochiu"), den *Kejiaren* ("Hakka"), den *Guangdongren* ("Cantonesen") und den *Hainanren* ("Hainanesen").¹⁸ [3]

1.4.2

Die Fujianren

Die "Hokkien" sprechenden Auswanderer aus der Provinz Fujian stammen hauptsächlich aus der Umgebung der Hafenstädte Xiamen (Amoy) und Quanzhou und haben sich

vor allem in den Straits Settlements von Penang, Malacca und Georgetown sowie auf Java, auf den Philippinen und in Südvietsnam niedergelassen. Auf den Philippinen stellen die Hokkien nicht weniger als 95% der dort registrierten Huaren. Die Fujianren bevorzugten von Anfang an urbane Siedlungsgebiete und verlegten sich vor allem auf den Handel.

1.4.3

Die Chaozhouren

Die Chaozhouren, deren lingua franca das "Teochiu" ist, stammen aus Nordost-Guangdong, wo ihre Angehörigen noch heute um die Hafenstadt Shantou ("Swatow") herum leben. Sie stellen in Thailand und auf Sumatra die stärkste und in Südvietsnam sowie auf Westkalimantan die zweitstärkste Huaren-Gruppe. In Kambodscha hatten sie - zumindest bis zum Machtantritt der Roten Khmer - 75% aller dortigen Auslandschinesen gestellt. Während die Chaozhouren in den genannten Gegenden zumeist als Kleinhändler und Arbeiter tätig sind, dominieren sie im Großraum Bangkok, wo heutzutage mehr "Teochiu" als in Shantou/Guangdong leben, bei den freien Berufen und sind dort zumeist auch als Großkaufleute tätig.

Die Einwanderung chinesischer Töpfer nach Siam/Thailand geht, wie oben (1.2.2.4) bereits erwähnt, bis ins 13. Jh., als Thai und Südchinesen vor den nachrückenden Mongolen ins festlandschinesische Südostasien einsickerten.¹⁹ Kein Wunder, daß Chinesen und Thai oft kaum noch voneinander unterschieden werden können. Einwanderung in großem Stil begann allerdings erst Ende des 18. Jh., als der Nationalheld König Taksin, der von 1767 bis 1782 regierte (und von einem chinesischen Vater und einer siamesischen Mutter abstammte), Siam (im Kampf gegen die Birmanen) wiedervereinigte und die neue Hauptstadt Bangkok gegründet hatte.

Die chinesischen Zuwanderer, die damals ins Land gerufen wurden - und zumeist aus Chaozhou stammten -, begannen schnell eine echte "Mittelklasse"-Funktion zwischen dem königlichen Hof (d.h. der mittlerweile ans Ruder gekommenen und bis heute herrschenden Chakri-Dynastie) und der siamesischen Bauernschaft einzunehmen.

Infolge ihrer Aufgabe als Unternehmer, Steuereintreiber (für den Hof), ihrer Verbindungen mit ausländischen Händlern und ihrer geschickten Ausbeutung der Reichtümer des Landes (Reis, Zinn, Teakholz) gehörten sie schon bald mit zu den Plutokraten der Thai-Gesellschaft, nahmen z.T. auch den buddhistischen Glauben an und verstanden es überdies, lukrative Schlüsselpositionen auch in den Nachbarländern Laos und Kambodscha zu besetzen, wo sie - als "Thai-Chinesen" - auch im heutigen Wirtschaftsleben wieder bestimmend sind, nachdem sie im Zeichen "kommunistischer" Interregna eine Zeitlang abgedrängt worden waren.

Anfang der 80er Jahre räumten auch viele bekannte Politiker, darunter der frühere Ministerpräsident Kukrit Pramoj, der 1975 mit Mao Zedong zusammengetroffen war, ein, sie seien chinesischer Abkunft.

Die wenigsten Thai-Chinesen sind heute allerdings noch in der Lage, (Hoch-)Chinesisch zu sprechen oder ohne Schwierigkeiten chinesische Texte zu lesen. Wegen dieser

Assimilierung wird ihre "thailändische" Identität, von Ausnahmen (dazu oben 1.2.2.4) abgesehen, auch von den Einheimischen immer weniger in Frage gestellt, zumal die Huaren - mangels Kolonialisierung Siams - sich auch nie zu einer westlichen Zivilisation bekannnt, sondern sich a priori willig in die thailändische Umgebung eingefügt haben.

Auch das lange Zeit gehegte Mißtrauen der "Jungtürken" im Thai-Militär gegen die chinesische Geschäftswelt gehört mittlerweile der Vergangenheit an.

Die "Teochiu" haben ihrem Ruf hochgradiger Anpassungsfähigkeit in der Tat alle Ehre gemacht!

1.4.4

Die Kejiaren (Hakka)

Ganz im Gegensatz zu den "Hokkien" und den "Teochiu" sind die "Hakka", die unter den Huaren im indonesischen Kalimantan ("Borneo") sowie in den beiden ostmalaysischen Bundesstaaten Sarawak und Sabah an erster Stelle, sowie in West-Malaysia und auf Java an zweiter Stelle unter den dort ansässigen Huaren stehen, wenig assimilationsbereit, bevorzugten nicht zufällig auch ländliche Siedlungsräume und widmen sich meist der Landwirtschaft.

1.4.5

Die Guangdongren

Und die *Cantonesen*, die vor allem aus dem Raum um die südchinesische Hafenstadt Guangzhou stammen? Unter den Huaren stehen sie vor allem im geographisch angrenzenden Südvietsnam mit weitem Abstand an erster Stelle und gehören in Malaysia zur Stadtrandbevölkerung von Penang und Malacca. In der außerasiatischen Welt genießen sie den Ruf brillanter Kochkunst, im außerchinesischen Asien gelten sie zusätzlich als unermüdliche Hoteliers und Gaststättenbetreiber. Unter allen Chinesen haben sie am frühesten Berührung mit den Europäern gehabt und gehören deshalb zu denjenigen Bevölkerungsteilen des Reichs der Mitte, die am meisten verwestlicht sind und selbst in ihrer Küche Zugeständnisse an den westlichen Geschmack gemacht haben.

1.4.6

Die Hainanren

Was schließlich die *Hainanesen*, also die Bewohner der mittlerweile zu einer eigenen Provinz erhobenen Tropeninsel Hainan angeht, so haben sie sich im 19. und frühen 20. Jh. hauptsächlich von Bergbauunternehmen in Malaya und auf den indonesischen Inseln anwerben lassen und sind überdies nach Singapur als überwiegend ungelernete Arbeiter eingewandert.

1.4.7

Huaren, die keine Han sind

Die meisten Huaren gehören der Han-Nationalität an, doch gibt es auch nationale Minderheiten, die sich vor allem in Zentralasien niedergelassen haben oder ein Nomadenleben führen. Bereits in den 60er Jahren waren beispielsweise rund 200.000 Kasachen aus Xinjiang in die damalige Sowjetunion geflohen. Auch heute noch leben sie außerhalb Chinas, sind nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aber größtenteils auf die neuentstandenen zentralasiatischen Republiken, vor allem auf Kasachstan, Usbekistan und Kirgistan, verteilt. Darüber hinaus leben etwa 100.000 Angehörige tibetischer Nationalität in Nordin-

dien. Auch Angehörige der mongolischen und der koreanischen Nationalität haben sich mittlerweile in die Mongolische Republik oder aber ins nördliche Korea abgesetzt.

2

Zahlen

China ist eines der Länder mit den meisten im Ausland lebenden Bürgern, deren Zahl allerdings, je nach Betrachtungsweise, differiert: Während die VR China von nur etwa rund 20 Millionen Huaren (eigentlich: "Huaqiao" i.e.S.) ausgeht, spricht Taiwan von 36 Millionen, und liefert für sie auch gleich folgende nach Erdteilen orientierte Aufschlüsselung:

Nach Schätzungen des "Komitees für überseechinesische Angelegenheiten" der Regierung in Taiwan leben z.Z. außerhalb Chinas (= VRCh+Taiwan) 36 Millionen Huaren in folgenden Ländern:

6	Millionen in Thailand
1,5	Millionen in Myanmar (Birma)
2,1	Millionen in Singapur
5,28	Millionen in Malaysia
7,31	Millionen in Indonesien
0,82	Millionen auf den Philippinen
6	Millionen in Hongkong und Macau
2,46	Millionen in Vietnam, Kambodscha und Laos
0,17	Millionen in Japan und Südkorea
0,12	Millionen in Indien und Pakistan
2,32	Millionen in USA, Kanada und Mexico
0,8	Millionen in Lateinamerika (ohne Mexico)
0,62	Millionen in Europa
0,49	Millionen in Australien und Neuseeland
0,1	Millionen in anderen Gebieten. ²⁰

In dieser Zahl von 36 Millionen eingeschlossen sind alle Personen chinesischer Abstammung, die, wie gesagt, außerhalb der VR China und Taiwans leben.

Nach taiwanesischen Schätzungen verfügen die rund 1,2 Milliarden Chinesen, die in der Volksrepublik, in Taiwan und im "Ausland" (Huaren) leben, über ein Gesamtvermögen von 1.500 bis 2.000 Mrd. US\$ (Wertpapiere nicht eingeschlossen).²¹

Die meisten Huaren leben, wie aus dem hier abgedruckten Zahlenwerk hervorgeht, in Südostasien - oder noch allgemeiner: im Asiatisch-Pazifischen Raum (APR).

Den hohen Stellenwert dieses APR wußte die VR China schon seit Mitte der 80er Jahre realistisch einzuschätzen: zwar gab es dort erhebliche Unterschiede bei Sprachen, Religionen, Sitten und Gebräuchen sowie bei den Nationalitäten, und auch das wirtschaftliche Gefälle mußte Wunschträume von einer möglichen Zusammenarbeit nach dem Vorbild der damaligen EG wie Seifenblasen zerplatzen lassen. Immerhin aber waren die einander so viele Jahrzehnte lang entgegengesetzten Militärblocke zu dieser Zeit bereits am Verschwinden - und haben sich seit Beginn der 90er Jahre ja in der Tat auch weitgehend aufgelöst. Gleichzeitig ist den politischen Führungen in Beijing und Taipei bewußt geworden, welch außergewöhnlichen Einfluß die Huaren auf das Wirtschaftsgeschehen in Südostasien gewinnen konnten. Bei genauerem Hinsehen erweisen sie sich - als Einheit betrachtet - sogar als die mit Abstand dominierende Wirtschaftsmacht Südostasiens, die

überdies den Vorteil auf ihrer Seite hat, daß sie nicht an nationale Grenzen gebunden ist, sondern durch ihre Netzwerkverbindungen über die verschiedensten so ganz und gar unterschiedlichen Landesgrenzen hinweg zusammenarbeiten vermag, und dadurch einen Kosmos geschaffen hat, der mittlerweile unter der Bezeichnung "Große Chinesische Wirtschaftszone" konkrete Gestalt anzunehmen beginnt. Noch treffender in diesem Zusammenhang ist der chinesische Ausdruck *Zhonghua jingji gongtongti* [4] - ein Ausdruck, der sich am besten mit dem englischen "Chinese economical togetherness" wiedergeben läßt.

3

Eigenschaften, Klischees und Wandlungen

3.1

"Harmlos", "nützlich", "unpolitisch" - und "ausbeuterisch"

Die Huaren hatten noch bis ins frühe 20. Jh. hinein einige Eigenschaften gemeinsam, die sie als "harmlos" und "nützlich" erscheinen ließen: zum größten Teil waren sie - zumindest unmittelbar nach ihrer Ankunft im Gastland - (1) mittellos und deshalb ganz darauf angewiesen, von ihrer eigenen Hände Arbeit zu leben. "Koloniale" Ambitionen waren ihnen also ebenso fremd wie Herrenallüren. Darüber hinaus kannte sie (2) jedermann als bienenfleißig und ordnungsliebend. Gerade die britischen, französischen, spanischen und holländischen Kolonialherren hatten zuvor ja zur Kenntnis nehmen müssen, daß die (einheimischen) "Söhne der Erde" in ihren jeweiligen Kolonien nur wenig Arbeitseifer aufbrachten, so daß sie schon früh nach "fleißigem" Ersatz Ausschau hielten und bei ihrer Suche schnell auf die unermüdlichen Chinesen stießen.

Darüber hinaus hatten die Auswanderer (3) ursprünglich nicht die Absicht, sich in ihren Gastländern ein für allemal niederzulassen. Vielmehr wollten sie, sobald sie es zu bescheidenem Wohlstand gebracht hatten, möglichst schnell wieder in ihre Heimat zurückkehren. Das Laub sollte, wie es in einem Sprichwort heißt, nicht allzuweit von den Wurzeln des Baumes niederfallen.

Die meisten Huaren gaben sich darüber hinaus (4) auch als höchst "unpolitisch". Ihr Ziel war es, möglichst schnell Geld "zusammenzukratzen", wobei ihnen, wie sich bald herausstellte, die gläubiger- und kommerzfreundliche Atmosphäre der kolonialen Hafenstädte besonders entgegenkam. Weit davon entfernt, "antikoloniale" oder "sozialrevolutionäre" Zielsetzungen zu verfolgen, paßten sie sich gerade umgekehrt den jeweiligen Kolonialherren so eng wie möglich an und gingen in den britischen Kolonien den Weg der Anglisierung, nahmen in Indochina französische Lebensart und in Niederländisch-Indien holländische Manieren an. Nur in Thailand, das niemals zur Beute fremder Kolonialinteressen geworden war, lebten sie sich ganz in thailändische Sitten und Gebräuche ein.

Wenn die VR-chinesische Propaganda gerne darauf hinweist, daß die Huaren die Völker des Nanyang in ihrem gerechten Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus allezeit aufopferungsvoll unterstützt hätten, so geht dies schlicht an den Tatsachen vorbei und entspricht allenfalls einem maoistischen Wunschbild.

In der zweiten Hälfte des 20. Jh. hatte sich das gesellschaftliche Profil vieler Huaren bereits merklich verändert: waren sie in der Zwischenzeit doch zu Händlern und

Geldverleihern geworden oder hatten so umfangreiche Vermögen angesammelt, daß sie sogar die Kapitalströme in ihren Gastländern kontrollieren konnten. Damit aber begannen sie z.T. Positionen zu bekleiden, die noch wenige Jahrzehnte vorher von den europäischen Kolonialherren eingenommen worden waren. Die Bumiputra wiederum wollten sich die hier neuentstandenen "Ausbeutungs"-Verhältnisse keineswegs gefallen lassen und nahmen - hierbei oft von den nachkolonialen Regierungen unterstützt - an zahlreichen Fronten die Verfolgung der Huaren auf.

3.2

Vierfacher Wandel seit dem Zweiten Weltkrieg

Nimmt man den Zweiten Weltkrieg als Scheidelinie, so hat sich im Leben der Huaren ein vierfacher Wandel vollzogen:

Da sind erstens die Veränderungen in der Staatsangehörigkeit: waren die Auslandschinesen bis in die Mitte des 20. Jh. hinein zumeist "Gastarbeiter"/Huaqiao im ursprünglichen Sinne gewesen, so haben 80-90% mittlerweile die Staatsangehörigkeit ihres Gastlands angenommen. In einem der südostasiatischen Staaten, nämlich in Singapur, stellen sie mittlerweile sogar die Mehrheit.

Zweitens haben sich die Emigrationsziele geändert: verlief die Auswanderungsbewegung früher beinahe ausschließlich in Richtung Nanyang/Südostasienbereich, so hat sie sich inzwischen nach Amerika, Australien und Europa verlagert. Dies trifft sogar auf die Boat people-Ströme aus Vietnam in den späten 70er Jahren zu, unter denen sich zahlreiche Huaren befanden.

Drittens ist es beim Auslandschinesentum zu einer beträchtlichen Aufwertung der sozialen Position gekommen: waren die Huaren in Südostasien früher zumeist Kleinhändler und Bergwerksarbeiter gewesen, so sind sie mittlerweile in ihren südostasiatischen Gastländern Herren der Hauptkapitalströme geworden, gehören zu den mit Abstand führenden Unternehmern und kontrollieren, wie z.B. in Thailand, darüber hinaus auch die meisten einheimischen Banken.

In Nordamerika, wo sie sich ihren Lebensunterhalt als Gaststätteninhaber früher mit dem Hackmesser, als Friseur und Schneider mit Rasiermesser und Schere sowie als Wäschereiunternehmen mit Lauge und Waschbottich verdient hatten, sind sie heute angesehene Kaufleute oder Akademiker, die nicht nur in den führenden Hochschulen der USA steigende Immatrikulationsraten verzeichnen, sondern aus deren Reihen sogar Nobelpreisträger kommen, wie (in ihrer eigenen Transkriptionsweise wiedergegeben!) Chen-ning Yang, Tsung-dao Lee und Samuel C. C. Ting.

Auch in Deutschland gehören die Huaren längst nicht mehr zum Typ des "armen Asylanten", sondern rekrutieren sich aus Restaurantbesitzern, Importeuren und Akademikern.

Viertens hat sich der Diskriminierungsdruck gesenkt: war es in den ersten Jahren der nachkolonialen Ara noch zu zahlreichen Übergriffen sowohl der Bevölkerung als auch der neuen einheimischen Eliten auf die Huaren gekommen, so hat sich mittlerweile eher eine Tendenz zur Zusammenarbeit zumindest zwischen einheimischer Führung und

chinesischem Unternehmertum entwickelt, die auf einer Do-ut-des-Basis gedeiht - und deshalb von der breiten Bevölkerung selten mit Wohlwollen beobachtet wird.

3.3

Die wirtschaftlichen Eliten Südasiens

Zu den hervorstechendsten Eigenschaften der Huaren in Südostasien gehört ihr hoher Anteil an den wirtschaftlichen Eliten dieser Region, während andererseits die politische Partizipation gering zu sein pflegt.

In Indonesien repräsentieren die Huaren nur rund 3,5% der Bevölkerung, kontrollieren aber, wenn man das Marktkapital zugrunde legt, fast drei Viertel aller eingetragenen Firmen. Von den 300 führenden Unternehmen Indonesiens befinden sich 68% in der Hand ethnischer Chinesen. Unter den zehn führenden Geschäftsgruppen steht überhaupt nur eine einzige, nämlich die Bimantara unter *Pribumi* ("Einheimische")-Kontrolle.

- In Malaysia kontrollieren die 29% Huaren rund 61% des Marktkapitals. Darüber hinaus sind sie in den modernen Berufen führend und besetzen etwa 60% der Managerposten.

Gleichzeitig haben chinesische Unternehmer enge Beziehungen zu politischen Organisationen und zu malaiischen Geschäftsleuten knüpfen können, womit es ihnen gelungen ist, mögliche Friktionen schon im Vorfeld zu entschärfen.

Einer der geschäftlich erfolgreichsten Auslandschinesen, Robert Kuok, seines Zeichens Huaren und "Milliardär", gehörte beispielsweise zu den Gründungsmitgliedern der "Bank Bumiputera Malaysia", deren Hauptziel es ist, Kredite für ethnische Malaien bereitzustellen und dadurch den "Einheimischen" Gelegenheit zu verschaffen, zur Verfolgungsjagd auf die überlegenen Huaren anzusetzen.

- Auf den Philippinen machen ethnische Chinesen rund 2% der Bevölkerung aus, kontrollieren aber 50-60% des Marktkapitals ("capital by market capitalisation"). Rund 35% aller Handelsgeschäfte werden von Firmen abgewickelt, die unter Huaren-Kontrolle stehen.

- In den drei Indochina-Ländern haben die Auslandschinesen vor allem im Gefolge der Kriegereignisse Einbußen hinnehmen müssen. Die Huaren-Gemeinde in Kambodscha ist beispielsweise in den Jahren der Khmer-Rouge-Herrschaft (1975-79) etwa auf die Hälfte dezimiert worden und zählt heutzutage höchstens noch 200.000 bis 300.000. Noch in der Vorkriegszeit hatten die Huaren rund 70% der industriellen Investitionen und weit über die Hälfte des Privatkapitals kontrolliert. Erst in den 90er Jahren befinden sie sich wieder im Aufwärtstrend - und vielleicht sogar auf dem Weg zur Wiederherstellung ihrer einstigen wirtschaftlichen Vormachtposition.²²

3.4

Stereotypen

Die Huaqiao waren bei den "Einheimischen" nicht zuletzt deshalb unter Dauerverdacht geraten, weil sie, sieht man einmal vom Sonderfall Singapur ab, keinen eigenen Staat besaßen. Ihr Lebensbereich war vielmehr Nanyang, das "Südozean"-Gebiet. Sie galten daher als "heimatlose Gesellen", und es war ganz gewiß kein Zufall, daß sie, wegen ihrer quasi "vor-zionistischen" Lebensweise häufig auch als "Juden Asiens" (*Yazhoude youtairen*) bezeichnet wurden.

Schaufafel 2: Auslandschinesische Milliardäre in Südostasien

Name	Net worth (US\$ bn)	Business
Indonesia		
Liem Sioe Liong	3.0	Salim Group
Eka Tjipta Widjaja	2.7	Sinar Mas Group, Bank Internasional Indonesia, China Strategic Investment
Prajogo Pangestu	2.5	Barito Pacific Group
Wonowidjojo family	1.8	Gudang Garam chaired by Rachmao Halim
Malaysia		
Ouck Long Chan	2.1	Malaysian Hong Leong Group
Lim Goh Tong	2.1	Genting Berhad, a casino and resort holding company
Robert Kuok	2.1	Pelangi Bhd, Perlis Plaot Bhd, Federal Flour Mills Bhd, the Shangri-La Hotel Group in Asia, and interests in media, financial services, manufacturing, trading, property etc.
Philippines		
Lucio Tan	1.7	Fortune Tobacco and Asia Brewery
Henry Sy	1.1	SM Prime Holdings, interest in banking and media
John Gokongwei Jr.	1.0	JG Summit Holdings
Thailand		
Chearavanont family	5.3	Charoen Pokphand Group
Sophonpanich family	2.4	Bangkok Bank Group
Lamsam family	1.8	Thai Farmers Bank, Thai Telephone & Telecom, trading and real estate
Kaojanapas family	1.6	Bangkok Land, Tanayong and Stelux
Ratanarak family	1.0	Bank of Ayudhya, Siam City Cement, television and insurance
Singapore		
Ng Teng Fong	3.0	Far East Organization in Singapore and Sino Land in Hong Kong
Kwek Leong Beng	2.0	Hong Leong Group & City Developments Ltd founded by Kwek Hong Png
Khoo Teck Pual	1.6	Goodwood Park Hotel Group
Lee Seng Wee	1.3	Oversea-Chinese Banking Corp
Hong Kong		
Lee Shau Kee	6.5	Henderson Land Development Co
Kwok brothers	6.4	Sun Hung Kai Properties Ltd run by Walter, Thomas & Raymond Kwok
Li Ka Shing	5.8	Cheung Kong Holdings and Hutchison Whampoa
Sir Y K Pao* family	3.3	Wheelock & Co run by son-in-law Peter Woo, Wharf Co Ltd
Cheng Yu Tung	3.3	New World Development
Hong Chiu Lee	1.8	Hysan Development
Gordon Wu	1.7	Hopewell Holdings, Consolidated Electric Power Asia (CEPA)
Ronnic Chan	1.2	Hang Lung Development Co
Lo Ying Shek	1.1	Great Eagle Co
Taiwan		
Tsai Wan Lin family	7.5	Catbay Life Insurance Co
Wang Yung Ching	2.1	Formosa Plastics Group
Eugene Wu family	2.1	Shin Kong Life Insurance, Great Taipei Gas Corp and interests in manufacturing, textiles, retailing, equipment leasing, construction, etc.
Jeffrey Koo family	2.0	Chinatrust Commercial Bank, Taiwan Cement and New York-based China Trust Bank
Chang Yung Fa	1.1	Evergreen Group ad EVA Airways
Huang Shi Hue	1.1	Ching Fong Group

Note*: deceased

Source: *Forbes*, July 18, 1994

(aus: JETRO, *China Newsletter* No. 113, S.16)

Davon abgesehen schienen sie gewisse Kriterien zu bestätigen, wie sie mittlerweile Charles Levinson als charakteristisch für "multinationale Gesellschaften" aufgestellt hat, nämlich Staatenlosigkeit, Ideologiefreiheit und Profitorientierung:

- Der Verdacht der "Staatenlosigkeit" ging allerdings insofern ins Leere, als die meisten Huaqiao ja nach wie vor die chinesische Staatsangehörigkeit besaßen, zumindest bis in die frühen 50er Jahre hinein.

- Was Ideologiefreiheit anbelangt, der ja "Multis" ihre hochgradige Flexibilität zu verdanken pflegen, so kann seit geraumer Zeit von einer einheitlichen Linie keine Rede mehr sein: gab es unter den Huaren doch sowohl KPCh- als auch Taiwan-Anhänger, darüber hinaus aber auch Vertreter, die in ihren Gastländern päpstlicher als der Papst auftreten, so z.B. der Gründer des größten indonesi-

schen Konzerns "Salim", Liem Sioe Liong, der schon in den Kampffahren gegen den niederländischen Kolonialismus aufs engste mit der damaligen Befreiungsarmee in Verbindung gestanden und eng mit dem Logistikchef der heutzutage so berühmten Diponogoro-Division von Semarang, nämlich mit Suharto, dem heutigen Staatschef von Indonesien und Vorsitzenden der ständischen "Golkar"-Vereinigung, zusammengearbeitet hatte.

Eine andere prominente Figur unter den Auslandschinesen war Luo Xianghan, der "Opium-König" des "Goldenen Dreiecks", der ganze Privatarmeen unter seinem Kommando hatte und seine Drogengeschäfte "völlig ideologiefrei" führte, ehe er 1973 dingfest gemacht werden konnte.

- Läßt sich "das" Auslandschinesentum in puncto "Ideologiefreiheit" schwerlich über einen Leisten ziehen, so

kann dies doch beim dritten hier zur Debatte stehenden Hauptkriterium geschehen, nämlich bei der Profitorientierung.

Zumindest ist der unten noch näher zu beschreibende Anteil der Huaren-Kontrolle am Kapital in den einzelnen südostasiatischen Ländern so gewaltig, daß sich andere Schlußfolgerungen fast von selbst verbieten.

4

Die Huaren-Politik Taiwans und der VRCh

Auf kaum einem anderen Gebiet hat sich der Konkurrenzkampf zwischen Beijing und Taibei in den Jahren nach 1949 so intensiv entwickelt wie bei ihrer Politik gegenüber den Huaren. Dabei haben sich beide Seiten bemüht, die Auslandschinesen soweit wie möglich für sich und ihren politischen Kurs zu vereinnahmen, wobei sie nichts unversucht ließen, die Huaren auf unterschiedlichste Weise an sich zu binden, sei es nun kulturell, wirtschaftlich (Investitionen!), politisch (Beteiligung in den verschiedensten Körperschaften) oder aber wissenschaftlich (durch Aufnahme in ihre Wissenschaftsakademien).²³

In den Jahren des Maoismus und der radikalen Kampagnen hat dabei die RCh Taiwan das Rennen für sich entscheiden können; und doch hat sich seit Beginn der Reformen das Gewicht immer mehr zur VRCh hin verschoben.

4.1

Die Huaren-Politik der Republik China: Prinzip der doppelten Staatsangehörigkeit

Geschichtlich hatte die RCh gegenüber der VRCh in Fragen der Auslandschinesenpolitik einen weiten Vorsprung: In den 20er und 30er Jahren kam diese Verknüpfung durch die ideologische und geschäftliche Wahlverwandtschaft zwischen Küstenbürgertum und GMD zustande. Nach 1949 sah die nach Taiwan übergesiedelte Rest-RCh eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, die Auslandschinesen an das "Freie China" zu binden und auf diese Weise einen mächtigen Rückhalt für das *guangfu dalu* [5], d.h. für die "Rückgewinnung des Festlands", zu schaffen.

4.1.1

Die Republik China - das "Goldene Zeitalter" der Verbindung zu den Auslandschinesen

Gerade in den Jahren des Interregnums, d.h. zwischen dem Ende des Kaiserreichs und dem Beginn der Volksrepublik, entfaltete sich das "Goldene Zeitalter des Chinesischen Kapitalismus", wie Marie-Claire Bergère diesen Zeitabschnitt nennt.²⁴ Dieser für Chinas Wirtschaft beglückende Boom war durch den Rückgang der europäischen Konkurrenz im Zeichen des Ersten Weltkriegs und der nachfolgenden Jahre (1914-1923) ermöglicht worden. Vor allem in den Küstenstädten war es damals zu einem gewaltigen Industrialisierungsschub gekommen, der zwischen 1914 und 1920 Wachstumsraten von durchschnittlich 13,8% zeitigte,²⁵ darüber hinaus aber auch zur Gründung von Börsen und modernen Banken sowie zur Entstehung einer urbanen - ja z.T. auch kosmopolitischen - Gesellschaft, vor allem in Shanghai, führte. Hand in Hand damit war der politische Einfluß des Bürgertums gewachsen, vor allem seiner Vertreter in den Banken, Großindustrien und Handelskammern.

Als sich dann allerdings, mit Begründung der Nanjing-Republik (1927 ff.), eine Art neues Mandarinat etablieren konnte, entstand eine etwas ambivalente Situation, ins-

fern das Bürgertum nämlich "sowohl zum Opfer als auch zur Komplizin" der GMD-Bürokratie wurde.²⁶ Am Ende erwies sich die "Symbiose von Bourgeoisie und Bürokratie" für die chinesische Kaufmannschaft als eher nachteilig²⁷ - erneuter Beweis für die Richtigkeit der "Zyklentheorie" Etienne Balazs's, derzufolge es dem bürokratischen Apparat im Laufe der chinesischen Geschichte immer wieder gelungen war, den "Unternehmensgeist zum Erlöschen zu bringen".

In noch stärkerem Maße sollte dies wenige Jahre später in der neugegründeten Volksrepublik der Fall sein!

4.1.2

Huaren-Politik unter den Bedingungen des Taiwan-Exils

Bereits 1926 hatte die RCh-Regierung die "Kommission für Überseechinesen" (*qiaowu weiyuanhui*) [6] gegründet, die international unter der englischen Bezeichnung OCAC (Overseas Chinese Affairs Commission) aufzutreten pflegte, und die seit 1932 dem Exekutiv-Yuan unterstand. Die OCAC unterhielt seitdem ein Überseechinesen-Studienzentrum, eine Paß- und Visa-Abteilung sowie weitere vier Abteilungen, die für Huaren-Verbindungen im allgemeinen, für Erziehungs- und Ausbildungsfragen, für Investitionshilfen in Taiwan und für weitere Fragen zuständig sind, ja, sogar eine eigene Huaqiao-Nachrichtenagentur betreiben.

All diese Organisationen und Dienste wurden nach 1949, d.h. im Anschluß an die Flucht der RCh-Regierung auf die Insel Taiwan, noch weiter ausgebaut. Heutzutage unterhält die OCAC dreizehn überseechinesische Kultur- und Gemeindedienstleistungszentren in San Francisco, Los Angeles, New York, Houston, San José, Chicago, Boston, Toronto, Manila, Sydney, Melbourne, Paris und Bangkok. Die OCAC "sponsert" die Ausrichtung von Festen und von Kunstausstellungen sowie von kulturellen Veranstaltungen überall dort, wo sich größere Huaren-Ansiedlungen befinden, vor allem also in den USA. Ferner unterstützt sie die Errichtung von überseechinesischen TV- und Radiostationen. Auch ein breites Angebot an Zeitungen und Magazinen steht zur Verfügung, sei es nun das *Haihua zazhi* (Overseas Chinese Magazine), das monatlich mit einer Auflage von 18.200 Stück herauskommt, oder aber Zeitschriften wie *Sinorama (guanghua)* [7] und *Commonwealth (tianxia)* [8].²⁸ Enge Beziehungen versucht die OCAC auch zu den zahlreichen "Assoziationen" (*hui*) [9] aufrechtzuerhalten, deren Zahl 1994 weltweit bei immerhin 9.134 lag.²⁹ Ihrer Ausrichtung nach gibt es hauptsächlich vier solcher Verbindungen, nämlich Geschäftsvereinigungen (1.421), Regionalvereinigungen, bei denen zumeist die gemeinsame Provinzherkunft im Vordergrund steht (1.309), und soziale Gruppierungen (1.205). Erst an vierter Stelle folgt jene Art von *hui*, die ursprünglich den Reigen angeführt hatte, nämlich die Gruppierung "Ahnennamen und Verwandtschaft" (*zongqinhui*) [10]. Noch vor wenigen Jahrzehnten hatten sich hier Personengruppen mit dem gleichen Familiennamen (*xing*) zusammengeschlossen. Mittlerweile finden solche "Vereinigungen" jedoch nur noch bei Trägern solcher Namen Zuspruch, die weniger häufig vorkommen. Träger chinesischer "Allerweltsnamen" hingegen ziehen sich immer mehr aus den Verwandtschaftsvereinen zurück, so vor allem Personen mit dem Namen Li, Wang, Cheng, Liu und Chen [11]. Diese fünf Namen werden von nicht weniger als 350 Millionen Chinesen - also mehr als einem Drittel des Chinesentums überhaupt - geführt.

Die OCAC unterstützt auch "Weltkonferenzen" in Überseeangelegenheiten sowie die seit 1975 abgehaltenen "Europakonferenzen" der Auslandschinesen, bei denen, wo immer möglich, Standpunkte der Taiwaner RCh-Regierung propagiert werden. Die erste "Europakonferenz" fand paradoxerweise im April 1975 in Hongkong statt, später dann in Spanien, Schweden, Holland, Belgien, Frankreich, Italien und - im April 1984 - auch in Deutschland, nämlich in München.³⁰

Ferner stellt die OCAC anlässlich der Feiern zum "Doppelzehnten" (*shuangshi jie*) [12], dem Nationalfeiertag der RCh, einen eigenen Empfangsdienst für Überseechinesen. Der "Doppelzehnte" leitet seinen Namen vom 10. Oktober 1911 ab, als mit den Umsturzereignissen von Wuhan das Ende des Kaiserreichs eingeleitet und die Voraussetzungen für die Gründung der Republik gelegt wurden.

Die OCAC entsendet auch Lehrer, vor allem für das moderne umgangssprachliche Chinesisch, und da es 1992 weltweit immerhin fast 3.900 Schulen auf der Basis der Unterrichtssprache Chinesisch gab, bietet sich hierfür reichlich Gelegenheit.

Ferner unterhält die OCAC die Zhonghua-Korrespondenzschule, die bereits 1940 errichtet und auf Taiwan 1956 zu neuem Leben erweckt wurde; darüber hinaus stehen zahlreiche Chinesisch-Kurse auf Taiwan für Überseechinesen bereit, deren Besuch z.T. mit Stipendien unterstützt wird.

Seit 1994 ist vom OCAC auf Taiwan auch eine eigene Hochschule, nämlich die Zhinan-Universität, für 10.000 Studenten eröffnet worden, von denen die Hälfte aus Taiwan, die andere Hälfte aber aus Mitgliedern chinesischer Überseegemeinden bestehen soll.

Die RCh-Regierung will Auslandschinesen aber nicht nur politisch und kulturell beeinflussen, sondern hofft auch auf deren Investitionen. Zwischen 1952 und 1992 wurden auf Taiwan 2.326 Huaren-Investitionsprojekte durchgeführt - mit einer Gesamtsumme von 2,49 Mrd. US\$.³¹

Was die politische Teilnahme von Huaren am Geschehen in Taiwan anbelangt, so stehen dort in der Nationalversammlung 20 Sitze und im Legislativ-Yuan 6 Sitze für Huaren bereit.

4.2

Die Auslandschinesen-Politik der VR China

4.2.1

Zwar staatlicher Schutz für die Huaren...

Auch Beijing hat den "Schutz der legitimen Rechte und Interessen des Auslandschinesentums" von Anfang an zu einer staatlichen Angelegenheit erhoben. Bereits in Art. 58 des Gemeinsamen Programms, das noch am Vorabend der VRCh-Gründung verabschiedet worden war, ist eine solche Schutzklausel enthalten, die auch in die späteren Verfassungen von 1954 (Art. 98), von 1978 (Art. 54) und von 1982, nicht jedoch in die "kulturrevolutionäre" Verfassung von 1975 übernommen wurde. In Art. 50 der Verfassung von 1982 heißt es: "Die VR China schützt die legitimen Rechte und Interessen der Huaqiao, die legitimen Rechte und Interessen der Guiqiao sowie die der Qiaojuan" (d.h. aller Familienangehörigen der Huaqiao (= der im Ausland ansässigen chinesischen Staatsbürger)).

4.2.2

... aber keine Anerkennung von Doppelstaatsangehörigkeit

Angesichts der de facto gegebenen Zweistaatlichkeit Chinas ist allerdings ein Unterschied ganz besonders hervorzuheben: aus der Sicht der Republik China (Taiwan) gelten nämlich die Prinzipien der alten Huaqiao-Politik, vor allem das seit 1929 anerkannte Prinzip der doppelten Staatsangehörigkeit, nach wie vor weiter, so daß dort z.B. die Behörden bei ihren statistischen Zahlen mit ganz anderen Angaben aufzuwarten haben als die der Volksrepublik.

Was dagegen die VRCh-Politik anbelangt, so gelten als Huaqiao heutzutage nur noch solche Personen chinesischer Abstammung, die im Ausland leben und keine ausländische Staatsangehörigkeit angenommen haben (Taiwan betrachtet demgegenüber sogar die Landsleute in Hongkong und Macau noch als Huaqiao).

4.2.2.1

"Klare Verhältnisse schaffen!" Die Aufhebung der Doppelstaatsangehörigkeit

Der Begriff "Auslandschinesen", der im Englischen mit "Overseas Chinese" und im Chinesischen mit *haiwai huaren* [13] (dies ist die wörtliche Übersetzung von "Overseas Chinese") wiedergegeben wird, hatte schon seit langem Anlaß zu Verwirrungen - und zu Ängsten - gegeben. Vor allem die südostasiatischen Nachbarländer Chinas, in denen die meisten der Auslandschinesen leben, haben deshalb schon in den 50er und 70er Jahren auf begriffliche Klärung und vor allem darauf gedrängt, daß ethnische Chinesen, die die Staatsangehörigkeit ihres neuen Heimatlandes angenommen haben, nicht mehr den Weisungen der VR China unterliegen. Erstaunlicherweise hat sich Beijing verhältnismäßig schnell bereitgefunden, im Interesse einer Aufhellung des politischen Klimas solchen Forderungen Rechnung zu tragen.

4.2.2.2

Der Präzedenzfall Indonesien (1955)

Gegenüber der Vorkriegszeit, als die meisten südostasiatischen Länder noch unter westlicher Kolonialherrschaft standen, hatte sich die politische Landschaft in den 50er Jahren ja von Grund auf geändert: die meisten Staaten waren damals bereits selbständig geworden oder standen im Begriff, ihre kolonialen Fesseln abzuschütteln. Vor allem die Bandung-Konferenz von 1955, an der sich die VR China federführend beteiligte und bei der sie versuchte, ein neues Verhältnis zu den jungen Staaten in ihrer asiatischen Umwelt zu finden, sorgte für vielfältigen Klärungsbedarf - nicht zuletzt in der Staatsangehörigkeitsfrage.

Kein Wunder, daß die erste Regelung, die sich mit dem heiklen Problem der Doppelstaatsangehörigkeit befaßte, gerade mit dem Hauptorganisator der Bandung-Konferenz, der Republik Indonesien, zustande kam, und zwar in Form eines völkerrechtlichen Vertrags, der am 22.4.1955 abgeschlossen wurde.

Damals gab es in Indonesien mehrere Millionen Auslandschinesen, die weite Bereiche vor allem des dörflichen Handels unter ihre Kontrolle gebracht hatten, und die den Nationalisten um den damaligen Präsidenten Sukarno daher immer mehr zum Dorn im Auge geworden waren. Da die Indonesier dieses Problem nach ihren Vorstellungen regeln und dabei keine Bremsversuche von außen riskieren

wollten, drangen sie vor allem gegenüber der VR China auf Klärung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse. Stein des Anstoßes war hierbei vor allem die bisherige "Doppelstaatsangehörigkeit" (*shuangzhong guoji*) [14].

Durch den Doppelstaatsangehörigkeits-Vertrag von 1955 wurden denn auch erstmals klare Verhältnisse in der Beijinger Huaren-Politik geschaffen. Eine Doppelstaatsangehörigkeit sollte es künftig unter keinen Umständen mehr geben. Chinesen, die in Indonesien lebten und damals gleichzeitig die Staatsangehörigkeit der VR China und der Republik Indonesien besaßen, mußten sich den Vertragsbestimmungen zufolge innerhalb von zwei Jahren für die eine oder die andere Staatsangehörigkeit entscheiden.

Sollte jemand sich dieser Entscheidung nicht stellen, so müsse die Frage behördlich geregelt werden, und zwar nach dem Vater-Prinzip: war der Vater einer Familie chinesischer Abstammung, so hatte er als Staatsangehöriger der VR China zu gelten, war er indonesischer Abstammung, so als Staatsangehöriger der Republik Indonesien. Nur bei unklaren Verhältnissen sollte die Abstammung der Mutter maßgebend sein. Kinder, die zur Zeit der Option noch nicht volljährig waren, sollten die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern annehmen und sich erst nach Volljährigkeit entscheiden müssen. Kinder, die erst nach der Option zur Welt kamen, sollten dagegen die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten und nach Volljährigkeit kein Wahlrecht mehr besitzen. Gingen Staatsangehörige beider Nationen die Ehe miteinander ein, so sollten sie nach der Eheschließung ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit behalten. Allerdings sollte auch hier die Möglichkeit einer Option bestehen. Im Interesse der Eindeutigkeit sollte auch "Staatenlosigkeit" (*wu guoji*) [15] künftig nicht mehr möglich sein.³²

Da es in den nachfolgenden Jahren immer wieder zu Übergriffen indonesischer Behörden auf Auslandschinesen kam, blieb die Frage der Staatsangehörigkeit allerdings ein bis zur Renormalisierung in den späten 80er Jahren ungelöstes Problem.

4.2.2.3

Gegenüber Singapur

Der zweite Schritt in Richtung Südostasien erfolgte am 9. Oktober 1956, als Ministerpräsident Zhou Enlai dem damaligen Chefminister von Singapur, David Marshall, zu verstehen gab, daß die chinesische Regierung - analog zur Regelung mit Indonesien - den Huaqiao empfehle, sich für die Staatsangehörigkeit ihres Gastlandes - in diesem Fall also für Singapur - zu entscheiden.

4.2.2.4

Gegenüber Birma und der Mongolischen Volksrepublik

In gleichem Sinne erklärte sich Zhou Enlai in einer Rede vom 18. Dezember 1956 gegenüber den Auslandschinesen in Birma - und 1957 gegenüber der Mongolischen Volksrepublik.

4.2.2.5

Gegenüber Malaysia

Die Umbrüche in China, die mit dem Großen Sprung und der Kulturrevolution einhergingen, brachten diese neue Politik des Verbots doppelter Staatsangehörigkeit allerdings für längere Zeit wieder zum Stillstand.

Der damals abgerissene Faden wurde erst 1974 wieder aufgenommen, als der malaysische Ministerpräsident Tun Abdul Razak in die (damals noch von den letzten Erdbebenwellen der Kulturrevolution erschütterte) VR China reiste und dabei ein Abkommen schließen konnte, das die Grundsätze von 1955-57 neu belebte.³³

Wörtlich hieß es im Kommuniké vom 31. Mai 1974: "Die Regierung der VR China nimmt die Tatsache zur Kenntnis, daß Malaysia ein aus vielen Rassen bestehendes Land mit einer aus Malaien, Chinesen und anderen völkischen Gruppen zusammengesetzten Bevölkerung ist. Beide Regierungen erklären, daß sie eine Doppelnationalität nicht anerkennen. Ausgehend von diesem Prinzip betrachtet die chinesische Regierung die VRCh-Angehörigkeit jedes Chinesen als automatisch verfallen, sobald er auf eigenen Wunsch die malaysische Nationalität erworben hat. Soweit ethnische Chinesen die chinesische Nationalität freiwillig beibehalten wollen, wird die VRCh-Regierung, hierbei einer konsequenten Politik folgend, diese Personen anweisen, sich den Gesetzen Malaysias zu unterwerfen, die Sitten und Gewohnheiten der dortigen Völker zu respektieren und mit ihnen in Freundschaft zu leben. Ihre Rechte und Interessen werden von der Regierung Chinas geschützt und von der Regierung Malaysias respektiert."³⁴

4.2.2.6

Gegenüber den Philippinen und Thailand

Ähnliche Abmachungen wurden im Juni 1975 mit den Philippinen getroffen, und zwar ebenfalls im Zusammenhang mit der Aufnahme bilateraler diplomatischer Beziehungen. In Art. 4 des Aufnahmekommunikés wurde die Frage der auf den Philippinen lebenden Auslandschinesen mit anderen Worten ebenfalls im Sinne einer Ausschaltung doppelter Staatsangehörigkeit geregelt.³⁵

Der gleiche Vorgang ereignete sich im Verhältnis zwischen China und Thailand, als es nämlich - gleichfalls im Juni 1975 - zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bangkok und Beijing kam.³⁶

Obwohl Klärungen dieser Art auf dem Papier in aller gebotenen Präzision durchgeführt wurden, spielten sie in der Alltagspraxis in aller Regel keine ausschlaggebende Rolle, da die feindseligen nationalistischen Regierungen Chinesen eben schlicht als "Chinesen" betrachteten, gleichgültig, ob sie nun für ihr Gastland oder ob sie eine ausländische Staatsbürgerschaft beibehalten hatten. Immerhin aber waren hier doch erste Schritte auf einem langen Marsch der Klarstellung durchgeführt worden, deren durchaus heilsame Nachwirkungen zumindest in den 90er Jahren deutlich spürbar geworden sind.

Es wäre in der Tat höchst überraschend gewesen, wenn alle Huaren-Probleme schon in den 50er Jahren gleichsam auf einen Schlag gelöst worden wären; reichten die Schwierigkeiten mit den Auslandschinesen doch bis ins 19. Jh. zurück.

4.2.2.7

Klarstellung auch im Staatsangehörigkeitsgesetz von 1980

Im Gefolge seiner völkerrechtlichen Vereinbarungen mit Indonesien, den Philippinen, Malaysia und Thailand hat Beijing am 10. September 1980 ein neues Staatsangehör-

rigkeitsgesetz erlassen,³⁷ in dessen § 3 es heißt, daß die "VR China keine Doppelstaatsangehörigkeit für chinesische Staatsbürger anerkennt". In § 4 ist das Territorialitätsprinzip verankert: "Personen, die in China geboren wurden und deren Eltern oder einer der Elternteile chinesische Staatsbürger sind, sind chinesische Staatsangehörige". § 5 trägt dann auch noch dem Abstammungsprinzip Rechnung - wörtlich: "Personen, die im Ausland geboren wurden und deren Eltern oder einer der Elternteile chinesische Staatsbürger sind, sind chinesische Staatsangehörige. Personen, die sich im Ausland niedergelassen haben, deren Eltern oder einer der Elternteile chinesische Staatsbürger sind, die aber bereits bei der Geburt ausländische Staatsbürger sind, gelten nicht als chinesische Staatsangehörige." Auch in § 6 taucht noch einmal das Abstammungsprinzip auf. Dort heißt es: "Personen, die in China geboren wurden, sich in China niedergelassen haben und deren Eltern staatenlos sind oder deren Staatsangehörigkeit nicht geklärt ist, sind chinesische Staatsangehörige".

Abschließend folgen die auch in anderen Staaten üblichen Bestimmungen über die Modalitäten des Erwerbs, der Ablegung oder der Wiedererlangung der chinesischen Staatsangehörigkeit, die im vorliegenden Zusammenhang weniger von Interesse sind.

Es dürfte dem chinesischen Gesetzgeber nicht gerade leichtgefallen sein, von dem uralten Prinzip des *ius sanguinis*, d.h. vom Abstammungsprinzip abzuweichen und dem *ius soli* (Gebietsprinzip) Zugeständnisse zu machen. Angesichts des Wunsches jedoch, mit den südostasiatischen Staaten ins reine zu kommen, hat er dann aber am Ende doch noch ein Mischsystem im oben beschriebenen Sinne zugelassen. Die VRCh ging sogar so weit, Auslandschinesen zu ermutigen, freiwillig die Staatsangehörigkeit ihres Gastlandes anzunehmen; doch dürfe auf der anderen Seite kein ausländisches Gastland die Annahme der ausländischen Staatsbürgerschaft erzwingen.

Zwei Grundsätze waren es hauptsächlich, die der Klärung dienten, nämlich die Abschaffung von Doppelstaatsangehörigkeiten und die Beseitigung des Status von Staatenlosen - daher auch der oben zitierte § 6. Messerscharfe Klarheit war erwünscht: Es sollte künftig nur noch ein Entweder-Oder geben!

Aus Sicht der VR China gelten als Huaqiao also nur noch die Inhaber von VRCh-Pässen, die im Ausland leben. Wieviele Personen dies weltweit sind, läßt sich nicht präzise ermitteln. Es werden Zahlen zwischen zweieinhalb und vier Millionen weltweit genannt,³⁸ während Taiwan auf immerhin 36 Millionen kommt!

In den statistischen Jahrbüchern der VR China wird nur die Bevölkerungszahl innerhalb der 30 Provinzen (und provinzieichen Einheiten) angegeben. Für die "Huaqiao" fühlt man sich dort offensichtlich nicht mehr "zuständig"!

Nicht zu den Huaqiao gehören aber ganz gewiß (1) die Einwohner Hongkongs und Macaus, (2) Chinesen, die nur vorübergehend ins Ausland reisen, sei es nun zu Verwandtenbesuchen, zu Forschungszwecken, zum Studium oder zu wissenschaftlichen Veranstaltungen, (3) chinesische Studenten im Ausland oder aber (4) Grenzbewohner aus der VRCh, die die Grenze gewohnheitsmäßig passieren, seien es nun Händler oder Nomaden.

4.2.3

Partei- und Staatsorgane, die für Huaren-Angelegenheiten zuständig sind

Die oben (4.2.1) zitierte Huaren-Bestimmung der Verfassung von 1982 (Art. 50) umfaßt zwei große Bereiche, nämlich die Angelegenheiten der Huaqiao im Ausland und diejenigen der Huaqiao im Inland.

Organisatorisch werden beide Bereiche zwar von denselben Organen wahrgenommen, inhaltlich und fachlich sind sie jedoch auf verschiedenen Planeten angesiedelt.

Da Huaren-Angelegenheiten von der KPCh als "Fronten"-Angelegenheit betrachtet werden, ist innerhalb des KPCh-Führungszirkels die sog. Abteilung für Internationale Verbindungen (*dui wai lianluobu*) [16] zuständig, also eine jener zehn "Kommissionen" (*weiyuanhui*) und "Abteilungen" (*bu*) [17], die zum ZK-Führungsbereich gehören.

Auf staatlicher Ebene war von 1949 bis 1970 die "Kommission für Angelegenheiten der Auslandschinesen der VR China" (ZHRMGHG *qiaowu weiyuanhui*) [18] zentral zuständig. Örtliche Zweigstellen der Kommission wurden in all jenen Gebieten der VRCh eingerichtet, in denen sich größere Zahlen von Guiqiao und Qiaojuan zusammengefounden hatten, also hauptsächlich in den Südostprovinzen. Aufgabe der Kommission sollte es sein, die "patriotische und sozialistische Initiative der Huaqiao und ihrer Angehörigen" zu erwecken und darauf hinzuwirken, daß die Huaqiao den "sozialistischen Aufbau des Vaterlandes aktiv unterstützen", d.h., kräftig investierten.

Seit 1978 ist das "Büro für die Angelegenheiten der Auslandschinesen beim Staatsrat" (*guowuyuan qiaowu bangongshi*) [19] an die Stelle der früheren Kommission getreten. Die Aufgabe dieses Zentralbüros besteht darin, die Richtlinien für die Huaqiao-Politik festzulegen, die Durchführung dieser Politik zu überprüfen und die Huaqiao dazu anzuspornen, an der "Entwicklung der sozialistischen, materiellen und geistigen Zivilisation Chinas" mitzuwirken und für eine möglichst schnelle Rückkehr Taiwans ins Vaterland einzutreten.

Gutem alteninistischen Brauch zufolge ist neben den KP-Führungs- und den staatlichen Anleitungsgremien auch noch eine Massenorganisation als "Treibriemen" der KPCh gegründet worden, nämlich die 1956 entstandene "Allchinesische Vereinigung der zurückgekehrten Auslandschinesen" (*Zhonghua quanguo guiguo huaqiao lianhehui*) [20], daneben aber auch die "Allchinesische Freundschafts-Vereinigung der Landsleute aus Taiwan" (*Taiwan tongbao lianyihui*) [21] sowie die "Taiwan-Mit Schüler-Vereinigung" (*Taiwan tongxuehui*) [22].

4.2.4

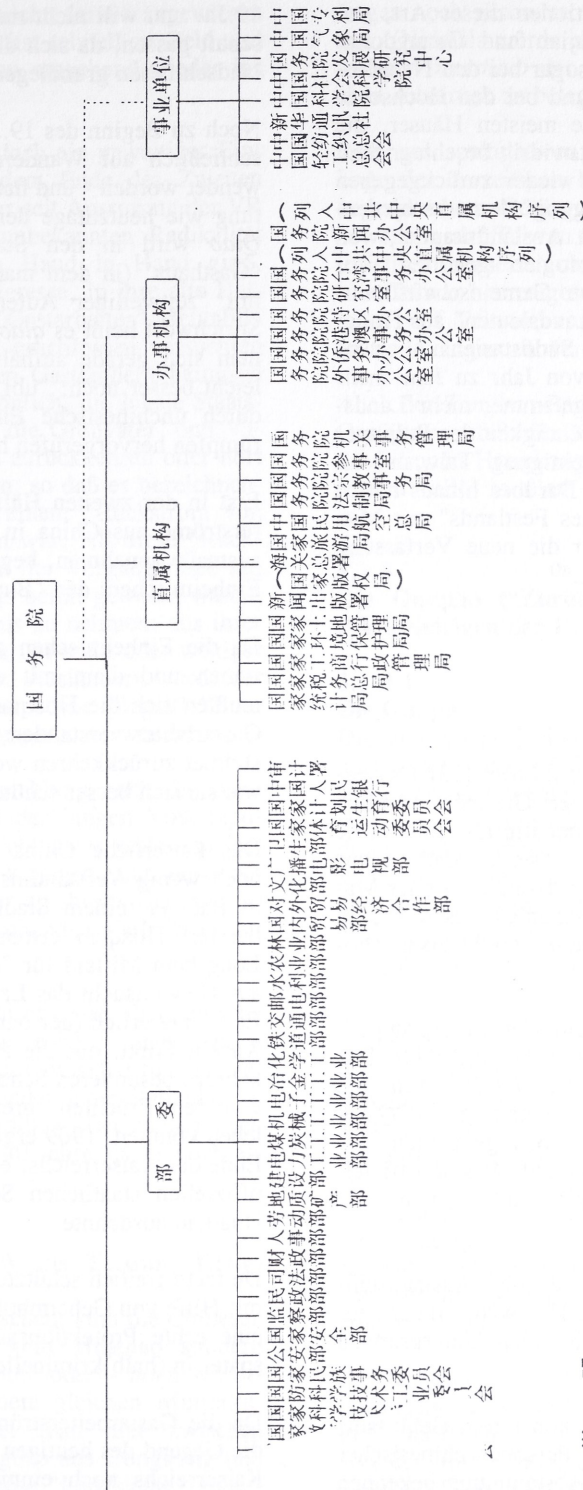
Zeitenwende

In den Jahren zwischen 1949 und 1978 war die Überseechinesen-Politik Taiwans aus mehreren Gründen weitaus erfolgreicher als diejenige Beijings, und zwar vor allem deshalb, weil sie (1) einen konservativen Anstrich trug, (2) hauptsächlich den Mittelstand (und nicht etwa ein ländliches oder städtisches Proletariat) zum Adressaten hatte, und weil sie (3) nicht zuletzt auch auf national-chinesischen Fundamenten aufgebaut war, wie sie Sun Yixian bis tief in die Überseechinesen-Gemeinden hinein geschaffen hatte. Nicht zuletzt aber war die Taiwan-Politik (4) auch

Schautafel 3: Die Abteilungen des Staatsrats, darunter auch das "Büro für Angelegenheiten der Auslandschinesen"

国务院机构设置表

附件



说明

国务院的机构设置由86个调整为59个，除国务院办公厅外，部委由41个调整为40个，直属机构由19个调整为13个，办事机构由9个调整为5个，国务院不再设置台湾事务委员会归口管理的国家局。

国务院台湾事务办公室、国务院新闻办公室、国务院对外宣传办公室、一个机构两块牌子，列入中共中央直属机构序列。国家档案局与中央档案馆、国家保密局与中共中央保密委员会办公室、一个机构两块牌子，为中共中央直属机关的下属机构。

eine Generationenfrage: Während die ältere Generation mit der von Taiwan verfochtenen politischen Linie noch weitgehend konform gegangen war, hatte die junge Generation im maoistischen China kaum Ansatzpunkte finden können, es sei denn, daß sie sich vor den kulturrevolutionären Karren der Maoisten spannen ließ und sich daraufhin, wie z.B. nach den Rotgardisten-Umzügen in Rangun, einer geschlossenen Front von Gegnern gegenüberfand. Nicht zuletzt aber (5) konnten Studenten aus dem Huaren-Bereich ohne Schwierigkeiten auf Taiwan oder an einer der amerikanischen Universitäten studieren, während Beijing hier schon früh die Schotten heruntergelassen hatte.

Erst nach Beginn der Reformen begann sich das Blatt zu wenden.

Bei dem Bewusstseinsbildungsprozeß spielte nicht zuletzt die "Vereinigung der zurückgekehrten Auslandschinesen" eine entscheidende Rolle, indem sie mehrere Kongresse abhielt, darunter die Veranstaltungen von 1956 und 1978, vor allem aber von 1984. Bei dem zuletzt genannten "3. Nationalen Kongreß", der vom 11. bis 16. April in Beijing stattfand und an dem 694 Vertreter teilnahmen, appellierten die mittlerweile an die Macht gelangten Vertreter der neuen Reformpolitik an den Patriotismus der Landsleute und hoben vier Punkte hervor: Erstens sollten in Zukunft mehr Filialen der Vereinigung gegründet werden; bis zum Beginn der Kulturrevolution i.J. 1966 habe es lediglich 14 solcher Institutionen gegeben. Inzwischen verfüge jedoch jede Provinz sowie eine Reihe von Städten

und Kreisen über eigene Organisationen dieser Art, vor allem in den Küstenprovinzen Fujian und Guangdong. Dort gebe es Filialen mittlerweile sogar bei den Nachbarschaftskomitees, bei Staatsfarmen und bei den Hochschulen. Zweitens seien inzwischen die meisten Häuser, die während der Kulturrevolution rechtswidrig beschlagnahmt worden waren, ihren Eigentümern wieder zurückgegeben worden. Drittens habe die "Vereinigung" den verschiedensten Abteilungen beim Import von Auslandskapital, von Ausrüstungen und neuen Technologien geholfen, vor allem aber bei der Errichtung von Gemeinschaftsunternehmen zwischen China und den "Landsleuten" aus Hongkong, Macau und anderen Gebieten Südostasiens. Viertens sei es der Vereinigung gelungen, von Jahr zu Jahr mehr Huaren zu empfangen und vor allem immer mehr Landsleute von der Richtigkeit und Notwendigkeit des Beijinger Neun-Punkte-Plans zur Wiedervereinigung Taiwans mit dem Mutterland zu überzeugen.³⁹ Darüber hinaus hätten zahlreiche "Landsleute außerhalb des Festlands" zur Mitwirkung an den Diskussionen über die neue Verfassung von 1982 gewonnen werden können.⁴⁰

5 Begriffe und Begriffsfelder

5.1 Zwei Gruppen von Huaren

Zu unterscheiden ist bei den *haiwai huaren* [23] ("Overseas Chinese") zwischen zwei großen Gruppen, nämlich einerseits Huaren i.e.S., die sich eindeutig als chinesische Staatsangehörige identifizieren lassen, sei es, daß sie zur VR China oder daß sie zu Taiwan, zu Hongkong oder Macau gehören, und andererseits ethnischen Chinesen, die im Ausland leben, dort aber bereits eine *andere* Staatsangehörigkeit angenommen haben.

Die erstere Gruppe umfaßt wiederum vier Untergruppen, nämlich (1) die *Huaqiao*, (2) die *Tongbaomen* (aus Taiwan, Hongkong und Macau), (3) die *Guiqiao* (d.h. die nach China zurückgekehrten Huaqiao) und (4) die *Qiaojuan*, d.h. die Angehörigen dieser eben genannten drei Personenkreise. Die Begriffe (1), (3) und (4) sind offizielle Termini, die auch in Art. 50 der Verfassung von 1982 ihren Niederschlag gefunden haben.

Im vorliegenden Zusammenhang wurde für "Auslandschinesen" bewußt der Begriff *huaren* [24] gewählt, da er neutral ist und sämtliche hier aufzuführenden Untergruppen mitumfaßt.

Huaren sind, und zwar unabhängig von ihrem Geburtsort oder ihrer Staatsangehörigkeit, alle Personen chinesischer Herkunft, die sich zu dieser ihrer Abstammung bekennen oder aber wegen ihres Aussehens und ihres Lebensstils als solche zur Kenntnis genommen werden. Ausdrucksmittel eines für Huaren charakteristischen Lebensstils sind z.B. der Gebrauch der chinesischen Hochsprache oder eines chinesischen Dialekts, die Verwendung eines chinesischen Namens, die Befolgung religiöser Bräuche, wie sie für China typisch sind, und die Einhaltung bestimmter chinesischer Feiertage.

5.1.1 Die Huaqiao - ein Anachronismus?

Der Begriff Huaqiao [25], der lange Zeit in höchst undifferenzierter Weise und pauschal für alle "Overseas Chinese" verwendet wurde und vor dem heutzutage viele Autoren warnen,⁴¹ verströmt immer noch das Aroma des

19.Jh. und will nicht mehr so richtig in die heutige Landschaft passen, da sich die Einstellungen der meisten Auslandschinesen grundlegend geändert haben.

Noch zu Beginn des 19.Jh. war der Begriff *qiao* [26] ausschließlich auf Wanderarbeiter im inneren China angewendet worden - und hatte damals etwa die gleiche Bedeutung wie heutzutage der deutsche Begriff "Gastarbeiter". *Qiao* wird in den Standardwörterbüchern sowohl mit "Gasthaus" (in dem man vorübergehend wohnt) als auch mit "zeitweiliger Aufenthalt" wiedergegeben. In einem Sprichwort heißt es *qiao ju que shi jia* [27], wörtlich "wo man sich gerade aufhält, ist man zu Hause", oder vielleicht besser noch: "ubi bene ibi patria" - eine durch und durch unchinesische Einstellung, die ganz gewiß Nase-rümpfen hervorgerufen hat.

Erst in der zweiten Hälfte des 19.Jh., als die Auswandererströme aus China in Richtung Südostasien Millionenausmaße annahmen, begannen auch die Probleme mit den Einheimischen: den "Bumiputra" oder "Pribumi".

Da die Einheimischen auf den Ansturm zuerst mit Mißtrauen und dann mit offener Feindseligkeit reagierten, mußten sich die Huaqiao, von denen sich die meisten als Gastarbeiter verstanden, die auf alle Fälle wieder in ihre Heimat zurückkehren wollten, darüber Gedanken machen, wie sie sich besser schützen konnten.

Das kaiserliche China hatte für die "Überseeschinesen" noch wenig Verständnis gezeigt. Als beispielsweise 1740 in Batavia (einem Stadtteil des heutigen Jakarta) einige hundert Huaqiao ermordet wurden, zeigte Kaiser Qian Long kein Mitleid für "diese unwürdigen Untertanen, die aus Gewinnsucht das Land ihrer Ahnen verlassen hatten". Erst 1899 erließ (der damals fast machtlose) Kaiser Guang Xu ein Edikt, das die Provinzgouverneure anwies, Rückkehrern besonderen Schutz zu gewähren, damit sie in Ruhe von den Früchten ihrer im Ausland erbrachten Arbeit leben könnten. 1909 erging außerdem, zwei Jahre vor dem Ende des Kaiserreichs, ein "Nationalitätengesetz", das den offiziellen staatlichen Schutz zumindest de jure auf die Huaqiao ausdehnte.

De facto freilich schützten sich die Auswanderer vor allem mit Hilfe von Geheimbundorganisationen, die damals noch eine echte Protektionsaufgabe übernahmen, ehe sie sich später in (halb)kriminelle Banden verwandelten.

Da die Gastarbeiterströme in Richtung Nanyang, d.h. in die Gegend des heutigen Südostasiens, nach dem Ende des Kaiserreichs noch einmal erheblich zunahmen, war der Gesetzgeber der am 1.1.1912 ausgerufenen "Republik China" wesentlich stärker mit der Huaqiao-Frage beschäftigt als die frühere mandarinäre Bürokratie. Da Südostasien damals, mit Ausnahme Siams/Thailands, noch ganz unter westlicher Vorherrschaft (z.T. der Briten, z.T. aber auch der Franzosen, der Holländer, der Spanier und später der Amerikaner) stand, und da ja gerade die Kolonialregierungen sowie die westlichen Unternehmen Gastarbeiter aus China benötigten, waren es nicht Push-Faktoren, die für den Huaqiao-Strom sorgten, sondern Pull-Faktoren: die chinesischen Gastarbeiter folgten also zumeist den Einladungen der europäischen Kolonialmächte, denen es nicht gelungen war, einheimische Arbeitskräfte zu mobilisieren, und denen deshalb gar nichts anderes übrigblieb, als auf die fleißigen Zuwanderer aus China zurückzugreifen.

Kaum ein Huaqiao, der damals nicht darauf angewiesen gewesen wäre, im Ausland möglichst schnell zu Geld und Vermögen zu kommen, um sodann umgehend wieder ins Land der Väter zurückzukehren.

Mitte des 20. Jh. hat sich hier jedoch ein gewaltiger Einstellungswandel vollzogen. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nämlich, vor allem aber seit Ausrufung der VR China, die mit einer bis dahin unbekanntem Radikalität gesellschaftlicher Umwandlungen Hand in Hand ging, hatten die Huaqiao kaum noch Interesse, in ihre alte Heimat zurückzukehren. Die alte "Gastarbeiter"-Mentalität war damit wie ausgelöscht. Fast geschlossen versuchten die Überseechinesen nun, in ihren Gastländern heimisch zu werden und dort, wo immer möglich, die lokale Staatsangehörigkeit zu erwerben. Noch die Großväter- und Vätergeneration hatte ins Mutterland zurückkehren oder dort wenigstens beerdigt werden wollen, so daß es bezeichnenderweise immer wieder auch zu einem "Rückstrom von Särgen" via Hongkong gekommen war. All diese "Rückkehrer"-Bewegungen gehörten nun der Vergangenheit an, ohne daß die Bumiputras allerdings bereit gewesen wären, diesen Wandel schnell zur Kenntnis zu nehmen: aus ihrer Sicht waren die Chinesen nach wie vor mehr oder weniger heimatlose Gesellen - und auch von Ausländern wurde der (inzwischen höchst zweifelhaft gewordene) Begriff "Huaqiao" ("Gastarbeiter") nach wie vor gerne verwendet.

Hinzu kam als zweite neue Entwicklung noch die oben (4.) bereits erwähnte Bereitschaft der jungen Volksrepublik, Doppelstaatsangehörigkeit nicht mehr gelten zu lassen und die Auslandschinesen zu zwingen, sich entweder eindeutig zur VR China oder aber zu ihrem Gastland zu bekennen - und daraus die entsprechenden Verhaltenskonsequenzen zu ziehen.

Auslandschinesen, die eine malaysische oder thailändische Staatsangehörigkeit angenommen haben, heute noch "Huaqiao" zu nennen, liefe also auf dasselbe hinaus, genauso als bezeichnete man die Kinder jener italienischen Gastarbeiter, die bereits in den frühen 60er Jahren nach Wolfsburg gekommen sind, auch 40 Jahre später noch als "italienische Gastarbeiter".

5.1.2

Die Tongbaomen ("Landsleute") aus Taiwan, Hongkong und Macau

Durch die Optik der VR China gesehen, sind die Chinesen in Taiwan, Hongkong und Macau keine Huaqiao, sondern *tongbaomen* [28], d.h. "Landsleute" oder - noch wörtlicher übersetzt - "Personen aus dem gleichen Mutterkuchen". Am besten unterscheidet man hier zwischen "Tongbao aus Taiwan" und "Tongbao aus Hongkong und Macau".⁴² Zwar befinden sich diese "Landsleute" außerhalb der Jurisdiktion der VRCh (Hongkong und Macau freilich nur noch bis 1997 bzw. 1999), doch genießen sie alle die gleichen Rechte wie Angehörige der VR China; denn gem. § 4 des Staatsangehörigkeitgesetzes von 1980 sind sie Staatsangehörige, da sie nämlich "in China" geboren sind. Nie hat die Regierung der VRCh auch nur einen Augenblick lang Zweifel darüber aufkommen lassen, daß Taiwan (ebenso wie Hongkong und Macau) chinesische Gebiete sind. (Lediglich aus der Sicht der Regierung in Taibei gelten die "Landsleute" in Hongkong und Macau als Huaqiao.)

Taiwanesen, Hongkonger und Macau-Bewohner sind aus Beijinger Sicht also chinesische Staatsangehörige, die lediglich außerhalb der VRCh-Jurisdiktion leben - und des-

wegen noch gesondert als "Tongbaomen" bezeichnet werden. (Niemand würde es einer Behörde einfallen, auch Bewohner *innerhalb* der Grenzen der VRCh mit dem gleichen Ausdruck zu belegen!)

Rein aus spekulativen Gründen sei hier noch eine nach Lage der derzeitigen Politik beinahe undenkbar Option angesprochen: Gelänge es nämlich der Unabhängigkeitsbewegung auf Taiwan, die Insel eines Tages vom Festland juristisch loszueisen und sie zu einer selbständigen "Republik Taiwan" umzugestalten, so müßten auch die "Landsleute" auf Taiwan, vom Zeitpunkt der Loslösung an, als Huaqiao eingestuft werden.

Auch der *Tongbao*-Begriff besitzt also eine klar umrissene Gestalt: er erfaßt die 20 Millionen Bewohner Taiwans, die 6 Millionen Hongkonger und die 400.000 Bewohner von Macau - alles in allem also rund 26,5 Millionen *Tongbaomen*.

5.1.3

Die Guiqiao ("Zurückgekehrten") und die Qiaojuan ("Angehörigen der Huaqiao")

5.1.3.1

Die Guiqiao

Die *guiqiao* [29] sind ehemalige "Überseechinesen", die nach 1949 in die VR China zurückgekehrt sind, sei es nun aus mehr oder weniger patriotischen Erwägungen in den frühen 50er Jahren oder aber unter dem Diskriminierungsdruck südostasiatischer Regierungen während der 60er Jahre. Auch die rund 200.000 Huaren, die zwischen 1977 und 1978 aus dem südlichen Vietnam nach China geflohen sind und sich dort hauptsächlich in der Provinz Guangdong niedergelassen haben, können als *guiqiao* gelten.

5.1.3.2

Die Qiaojuan

Was schließlich die *qiaojuan* [30] anbelangt, so sind sie Abkömmlinge und Verwandte der Huaqiao. Manchmal ist auch von *Huaqiao ji qiaojuan* [31] ("Auslandschinesen und ihren Lieben") die Rede. Da sich der Begriff *huaqiao* in den vergangenen vier Jahrzehnten aus den erwähnten Gründen aber immer mehr verengt hat und sich heutzutage - zumindest aus VRCh-Perspektive - auf die Überseechinesen mit verbliebener VRCh-Angehörigkeit beschränkt, hat auch das *qiaojuan*-Begriffsfeld eine entsprechende Einengung erfahren.⁴³

Zu den *qiaojuan* gehören (1) die Ehepartner und Familienangehörigen von Huaqiao in direkter Linie, soweit sie in China leben, sowie (2) andere Huaqiao-Verwandte, die von den finanziellen Überweisungen der Huaqiao (*qiaohui*) [32] leben oder die von deren Familienangehörigen in China abhängig sind.

Die Zahl der Guiqiao liegt heutzutage bei rund 1 Million, die der Qiaojuan bei rund 21 Millionen, und zwar in aller Regel in südchinesischen Provinzen, angefangen von Guangdong über Fujian, Guangxi, Yunnan und Zhejiang bis hinauf nach Jiangsu. Im nördlichen China befinden sich Guiqiao allenfalls noch in der Provinz Shandong, die ja bekanntlich ans Meer grenzt.

5.1.3.3

Die Wiederaufwertung der Guiqiao/Qiaojuan im Zuge der Reformpolitik

Während die Guiqiao und Qiaojuan in maoistischer Zeit politisch noch von höchst untergeordneter Bedeutung wa-

ren, hat sich ihre Position im Zeitalter der Reformen, vor allem aber seit dem Erlaß der Investitions- und Joint Venture-Bestimmungen von 1979 ff. erheblich verbessert. Zwischen 1949 und 1978 hatte es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kaum noch umfangreichere Bewegungen zwischen dem chinesischen Festland und der außerfestländischen Welt gegeben. Seitdem zeigen sich jedoch wieder erhebliche Fluktuationen, vor allem was den Zufluß von Geldüberweisungen der Landsleute (*qiaohui*) und von auslandschinesischem Investitionskapital anbelangt, das Wege nimmt, die den Auswanderungs- und Rückwanderungspfad der Huaqiao und der Guiqiao folgen.

Manche Beobachter⁴⁴ gehen soweit, die gesamte Huaren-Welt als einen neuen Bereich "auslandschinesischer Politik" (*waihua zhengce*) [33] zu bezeichnen, weil es sich hier um einen Kosmos handle, dessen Profil weitgehend durch die "Beziehungen von und nach außen" bestimmt werde. So gibt es in China ganze Gegenden und ganze Dörfer (*qiaoxiang*), aus deren Bereich besonders viele Chinesen ausgewandert sind und in die mittlerweile auch besonders viel Auslandskapital zurückzufließen pflegt. Die Behörden sehen sich denn auch gerade hier gut beraten, andere Maßstäbe anzulegen als bei normalen Regionen und Dörfern.

In der Tat tragen die Angelegenheiten der Huaren im Inland immer auch schon auswärtigen Charakter, so daß ihre Behandlung stets auch Auswirkungen auf das Verhältnis der VRCh zu den Huaren im Ausland nach sich zieht.

5.2

Die chinesischen Auslandsstudenten als Quasi-Huaren

Zwischen jenen Chinesen, die sich im Ausland nur vorübergehend aufhalten und den ständig dort lebenden Huaren stehen zahlreiche Auslandsstudenten, die vor allem seit der "Türöffnung" i.J. 1979 zu Zehntausenden auf Regierungskosten ins Ausland entsandt wurden, doch "undankbarerweise" gar nicht daran dachten, wieder zurückzukehren - und dies vor allem nach dem 4. Juni 1989.

Zwischen 1979 und Anfang 1992 waren rund 87.000 Studenten ins Ausland geschickt worden, und zwar in nicht weniger als 76 Länder und Regionen.⁴⁵ Abweichend von diesen Angaben heißt es an anderer Stelle, daß 100.000 Studierende,⁴⁶ an wieder einer anderen, daß sogar 150.000 Personen ins Ausland geschickt worden seien.⁴⁷ 50.000 seien wieder zurückgekehrt. Unter den Entsandten befänden sich auch 20.000 Selbstzahler.⁴⁸

Angesichts der Ungenauigkeit dieser Angaben fällt auch die "Statistik" über die Zahl der Rückkehrer höchst unpräzise aus und wird manchmal zwischen der Hälfte und einem Drittel angegeben.

Rückkehrbedenken hatte es allerdings auch schon vor dem 4. Juni gegeben. Aus diesem Grunde waren bereits im Oktober 1988 erste Beratungszentren für die in die Heimat zurückgekehrten Auslandsstudenten eingerichtet worden. Aufgabe der neuen Institutionen sollte es sein, den Heimkehrern bei der Suche nach angemessenen Arbeitsplätzen zu helfen.⁴⁹

Zu einem Rückschlag ohnegleichen führte bei den Auslandsstudenten das Massaker vom 4. Juni 1989, vor allem nachdem sie durch ihren Aufenthalt einen konkreten Anschauungsunterricht und kontrastscharfe Vergleiche zwischen ihren Gastländern und der eigenen Heimat erhalten hatten.

Überall kam es damals zur Gründung von Dissidentenvereinigungen.

So entstand beispielsweise am 23. September 1989 in Paris eine "Föderation für ein Demokratisches China", der Studentenführer, aus China geflohene Intellektuelle, im Ausland lebende Studenten und Wissenschaftler sowie Berater des ehemaligen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang beitrugen.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden auf die Initiative von Paris hin gleich vier regionale Organisationen gegründet, die sich auf ein weitgehend identisches Programm einigen konnten, nämlich der Bezirk Nord in Hamburg, der Bezirk Mitte in Essen, der Bezirk Süd in München und der Berlin-Bezirk.

Ähnliche Gruppierungen entstanden auch in anderen Ländern, so z.B. Mitte Dezember 1989 in Japan und Ende Dezember 1989 in Australien - um hier nur einige Beispiele zu nennen.

Am 18. und 19. November 1989 kamen rund 100 chinesische Dissidenten in Köln zusammen, um die "Föderation für ein Demokratisches China in der Bundesrepublik Deutschland" zu gründen. Die deutsche Föderation sollte auf internationaler Ebene dem Dachverband in Paris unterstehen. Sie definierte sich selbst als gewaltfreie Vereinigung, in der sowohl Chinesen als auch Deutsche mitarbeiten können. Ihr Ziel sei es, eine Beendigung des Einparteiensystems, die Demokratisierung Chinas und den Aufbau eines Rechtsstaats, einer menschenwürdigen Gemeinschaft und einer sozialen Marktwirtschaft zu erstreiten. Die Föderation verfolge vier Ziele, nämlich (1) Aufklärung "über das Massaker vom 4. Juni 1989", (2) Maßnahmen auf internationaler Ebene, um die "despotischen Machthaber" zu zwingen, ihre Menschenrechtsverletzungen gegen demokratisch gesinnte Chinesen aufzugeben, (3) Schaffung einer mitgliederstarken Organisation und (4) Erarbeitung theoretischer Grundlagen für einen Demokratisierungsprozeß in der VR China.⁵⁰

Nachdem die Regierung im Anschluß an die "Südreise Deng Xiaopings" vom Frühjahr 1992 ihren Reformkurs wieder voll aufgenommen hatte, erließ sie als eine ihrer ersten Maßnahmen auch gleich mehrere Aufrufe an ihre ins Ausland entsandten Studenten, und gab ihnen zu verstehen, daß ihre politische Haltung nicht weiter unter die Lupe genommen werde.⁵¹ Sämtliche Auslandsstudenten seien, ungeachtet ihrer früher bezeugten politischen Haltung, eingeladen, nach Hause zurückzukehren, sei es, um ihre Familie zu besuchen, sei es, um Ferien zu machen oder um kurzfristig wissenschaftliche Austauschkontakte anzuknüpfen. Selbst solche Studenten, die zwischenzeitlich regierungsfeindlichen Organisationen beigetreten seien oder "Chinas Sicherheit, Würde und Interessen verletzt" hätten, seien zu Hause willkommen, sofern sie ihre früheren Fehler bereuten. Soweit Studenten bereits eine ausländische Staatsangehörigkeit erworben haben, sollten sie die chinesische Staatsangehörigkeit ablegen und würden dann wie Ausländer behandelt. Außerdem könnten die Studenten, wenn sie es wollten, ohne besondere Formalien China wieder verlassen, vorausgesetzt, sie besitzen gültige Pässe und Einreisevisa des jeweiligen Ziellandes. Rückkehrer könnten entweder bei ihrer ursprünglichen Einheit arbeiten oder aber in andere Betriebe sowie in chinesisch-ausländische Joint Ventures eintreten. In Orten, wo es zu einer größeren Konzentration von Rückkehrern komme, könnten die örtlichen Behörden nach Bedarf Dienstleistungszentren

einrichten, die bei der Lösung anstehender Probleme behilflich sein sollten. Die chinesischen Botschaften und Konsulate im Ausland seien angewiesen, rückkehrwilligen Studenten tatkräftig Hilfe zu gewähren.⁵²

Die Regierung wußte recht wohl, warum eine solche Großzügigkeit ratsam war: hatte sich bis dahin doch kaum die Hälfte der im Ausland Studierenden dazu entschließen können, wieder in die Heimat zurückzukehren.

Die Gründe für dieses Zögern lagen auf der Hand: da waren einmal die ideologischen Zwänge, denen die Auslandsstudenten nach ihrer Rückkehr immer wieder ausgesetzt worden waren, und da waren zum anderen die meist ungünstigen sozialen und materiellen Bedingungen, unter denen die Rückkehrer zu Hause arbeiten und leben mußten.

Da nützte es auch wenig, daß zu Hause pathetische Aufrufe erlassen wurden, wie etwa der Appell, daß "das Vaterland ruft".⁵³

Daß die Aufforderung zur Rückkehr schon ganz am Anfang des wiederaufgenommenen Reformkurses erfolgte, zeigt, wie dringend die Führung der VRCh das Potential der Auslandsstudenten für den Modernisierungsprozeß braucht - oder zumindest zu benötigen glaubt.

Anmerkungen:

- 1) Chan, Suchang, *The Bittersweet Soil: The Chinese in California Agriculture, 1860-1910*, Berkeley 1986; Chen, Jack, *The Chinese of America*, New York 1980; Chow, Phillip and Him, Mark Lai, *Outlines: History of the Chinese in America*, San Francisco 1971; Irick, Robert L., *Ch'ing Policy Toward the Coolie Trade, 1847-1878*, San Francisco 1982.
- 2) Einzelheiten dazu: Birgit Zinzius, *Sino-Amerika: Stereotyp und Wirklichkeit. Die historische Entwicklung (1848-1965) und die aktuelle Situation der Chinese-Americans (1965-1990)*, Frankfurt/Main, Berlin u.a. 1995, S. 23 ff., S. 63 ff.
- 3) Mary F. Somers Heidhues, "Die chinesische Minderheit im politischen Leben Indonesiens", in: *Zeitschrift für Politik*, 1968, S. 337-352 (337 f.).
- 4) D.P. Mozingo, *Sino-Indonesian Relations: An Overview 1955-1965*, RAND Corporation, Sta. Monica/Cal., Juli 1965, S. 25.
- 5) Ausführlich zu diesen Vorgängen: C.a., 1973/8, S. 440-447.
- 6) Näheres m.N. in: C.a., 1973/6, S. 282 f.
- 7) Vgl. dazu m.N. in: C.a., 1973/5, S. 212 f.
- 8) Ausführlich dazu: C.a., 1974/8, Ü 22.
- 9) Ebd., S. 63.
- 10) Zinzius, a.a.O., S. 100.
- 11) Zinzius, S. 155 ff., 163 ff., vgl. i.ü. auch Brand, David, "The New Whiz Kids", in: *Time Magazine*, 31.8.87, S. 41-47.
- 12) DW, 12.1.96.
- 13) FAZ, 28.12.91.
- 14) AWSJ, 9.6.93.
- 15) SCMP, 13.6.93.
- 16) XNA, 4.11. und 13.6.93.
- 17) IHT, 16.6.93; C.a., 1993/6, Ü 7.
- 18) Zur Verteilung dieser Dialektgruppen in Südostasien vgl. Somers Heidhues, *Southeast Asia's Chinese Minorities*, Longman, Australia 1974, S. 4 f.; Yeng Zhing Hwang, *The Overseas Chinese and the 1911 Revolution*, Oxford University Press, Kuala Lumpur 1976, S. 1-6.
- 19) So die Theorie William Skinners, *Chinese Society in Thailand. An Analytical History*, Ithaca 1957.
- 20) *Hongguanbao*, Taipei, 22.11.94; C.a., 1994/11, Ü 32.
- 21) ZYRB, 22.11.94; C.a., 1994/11, Ü 32.
- 22) Zu diesem Zahlenwerk vgl. Michael Backman, *Overseas Chinese Business Networks in Asia*, East Asia Analytical Unit, Dept. of Foreign Affairs and Trade, Canberra, August 1995.
- 23) Dazu beispielsweise RMRB, 6.6.94, S. 3; C.a., 1994/6, Ü 15.
- 24) "The Chinese Bourgeoisie 1911-1937", in: J.K. Fairbank (ed.), *The Cambridge History of China*, Vol. 12, Cambridge, London, New York 1983, S. 722-809.
- 25) Ebd., S. 748.
- 26) Ebd., S. 815.
- 27) Ebd., S. 818.

- 28) Dazu *The Republic of China Yearbook 1994*, Taipei 1994, S. 185.
- 29) Ebd., S. 185.
- 30) Bericht dazu in: SZ, 14.4.84.
- 31) *The Republic of China Yearbook 1994*, a.a.O., S. 191.
- 32) Der Vertrag ist abgedruckt in *Verträge der VR China mit anderen Staaten*, Bd. XII-1 der Schriften des Instituts für Asienkunde, Hamburg, Frankfurt, Berlin 1962, S.101-105.
- 33) Ausführlich dazu C.a., 1974/7, S. 415 f., 418 ff.
- 34) *New China News Analysis (NCNA)*, 31.5. und 1.6.74.
- 35) Dazu C.a., 1975/7, S. 366 f.
- 36) Dazu ausführlich C.a., 1975/8, S. 440 ff.
- 37) *ZHRMGHG falü huibian* (wörtl.: "Sammlung von Gesetzen und Rechtsvorschriften der VR China"), Beijing 1984, S. 200-202.
- 38) Wang Gungwu, "External China as a New Policy Area", in: *Pacific Affairs*, Vol. 58, Nr. 1, Spring 1985, S. 31.
- 39) BRu 1984, Nr. 17, S. 6 f.
- 40) BRu 1982, Nr. 30, S. 5.
- 41) So z.B. Wang Gungwu, a.a.O., S. 28-43.
- 42) Wang Gungwu, a.a.O., S. 31.
- 43) Zum Begriffsfeld vgl. Kap. 4, "Domestic Overseas Chinese Policy: 1949-1966", in: Fitzgerald, Stephen, *China and the Overseas Chinese (Conference on the Foreign Policy of Communist China)*, o.O. 1980, S. 52-73.
- 44) Z.B. Wang Gungwu, a.a.O., S. 28, 42 f.
- 45) XNA, 17.3.92.
- 46) RMRB, 19.3.92.
- 47) XNA, 14.3.92.
- 48) C.a., 1992/3, Ü 22.
- 49) RMRB, 12.11.88; C.a., 1988/11, Ü 23.
- 50) C.a., 1990/2, Ü 2.
- 51) Dazu C.a., 1992/3, Ü 22.
- 52) RMRB, 21.8.92; XNA, 21.8.92; C.a., 1992/8, Ü 36.
- 53) So RMRB, 19.3.92.

- [1] 南洋
- [2] 新客
- [3] 福建人;潮州人;客家人;广东人;海南人
- [4] 中华经济共同体
- [5] 光复大陆
- [6] 侨务委员会
- [7] 光华
- [8] 天下
- [9] 会
- [10] 宗亲会
- [11] 李;王;郑;刘;陈
- [12] 双十节
- [13] 海外华人
- [14] 双重国籍
- [15] 无国籍
- [16] 对外联络部
- [17] 委员会;部
- [18] 侨务委员会
- [19] 国务院侨务办公室
- [20] 中华全国归国华侨联合会
- [21] 台湾同胞联谊会
- [22] 台湾同学会
- [23] 海外华人
- [24] 华人
- [25] 华侨
- [26] 侨
- [27] 侨居却是家
- [28] 同胞们
- [29] 归侨
- [30] 侨眷
- [31] 华侨及侨眷
- [32] 侨汇
- [33] 外华政策